



# Lebensqualität

—

## Fachbericht mit Schwerpunkten der BSS

(Direktion für Bildung, Soziales und Sport der Stadt Bern)

Titelbild: [www.laebigistadt.ch](http://www.laebigistadt.ch)

---

**Herausgeberin:** Direktion für Bildung, Soziales und Sport, Predigergasse 5, Postfach 3368, 3001 Bern, Telefon 031 321 72 85, Fax 031 321 72 78, [bss@bern.ch](mailto:bss@bern.ch), [www.bern.ch/stadtverwaltung/bss](http://www.bern.ch/stadtverwaltung/bss) ● **Bericht:** Marty, Isabel ● **Bern, September 2016**

---

# Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>Zusammenfassung</b>	<b>6</b>
<b>1 Einleitung</b>	<b>8</b>
1.1 Bevölkerungsbefragung 2015 von Statistik Stadt Bern mit Spezialteil Lebensqualität	8
1.2. Stadtteilkonferenzen der BSS zur Lebensqualität im Sozialraum	9
1.3. Fachsicht der BSS zur Lebensqualität	10
<b>2 Lebensqualität und Lebensbedingungen</b>	<b>11</b>
2.1 Rangliste der Assoziationen zur Lebensqualität	11
2.2 Zufriedenheit mit der Lebensqualität	12
2.3 Einschätzungen zu den Lebensbedingungen und Einrichtungen	13
<b>3 Lebensqualität und Gesundheit</b>	<b>14</b>
3.1 Stressempfinden der Bevölkerung	14
3.2 Soziale Teilhabe als wichtiges Element	15
3.3 Fazit und Schlussfolgerungen	16
<b>4 Wohnen / Wohnumgebung</b>	<b>17</b>
4.1 Wohnungsangebot und «das Zuhause»	17
4.2 Wohnumgebung und Begegnungsmöglichkeiten im Quartier	22
4.3 Fazit	26
<b>5 Nutzung von Angeboten und Dienstleistungen</b>	<b>28</b>
5.1 Öffentliche Räume und Grünanlagen	29
5.2 Freibäder, Rasenspielfelder und Sportanlagen, Schulareale und Spielplätze	30
5.3 Bildung im Vorschul- und Schulalter	33
5.4 Kinderbetreuung (Kita, Tagi, Tagesschule, Tageseltern)	34
5.5 Ferien- und Freizeitaktionen, «Fäger», Ferieninseln	36
5.6 Offene Kinder- und Jugendangebote	37
5.7 Gemeinwesenarbeit, Gemeinschaftszentren	40
5.8 Angebote für Ältere und Menschen mit Behinderungen	41
5.9 Fazit	42

<b>6</b>	<b>Teilhabe und Mitwirkung</b>	<b>44</b>
6.1	Kinder- und Jugendparlament, Ansprechperson im Quartier	46
6.2	Forum 60plus	47
6.3	Socius – zuhause in der Nachbarschaft	47
6.4	primano: Frühförderung konkret	48
6.5	«Futurina» Bildungslandschaft Bern West	50
6.6	Schulhaus-Znüni	51
6.7	«OpenSunday»	51
6.8	«Gemeinsam in die Zukunft»	52
6.9	Mitsprache der Migrationsbevölkerung	53
6.10	Zwischennutzungen am Beispiel KVA Warmbächli	53
6.11	Fazit	54

## Vorwort



Im Jahr 2015 hat Statistik Stadt Bern eine Bevölkerungsbefragung mit dem Schwerpunkt Lebensqualität durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Befragung liegen vor und werden im Bericht der Präsidioldirektion «Lebensqualität in der Stadt Bern» abgebildet. Zeitgleich erscheint der vorliegende Fachbericht aus meiner Direktion. Weshalb?

Da die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) bei vielen Fragestellungen der Lebensqualität in der Stadt Bern in einer Haupt- oder Mitverantwortung steht, war es mir ein Anliegen, in einem Fokus-Bericht das Augenmerk auf ausgewählte, sozialpolitisch relevante Themen zu legen. Diese sind Gesundheit, Wohnen und Wohnumgebung, Angebote und Dienstleistungen sowie Teilhabe und Mitwirkung. Als Grundlage für den heute vorliegenden BSS-

Fachbericht sind einerseits die Daten der Bevölkerungsbefragung und andererseits Feedbacks aus den Stadtteilkonferenzen beigezogen worden. Die beiden Berichte, der Statistik-Bericht aus der Präsidioldirektion und der BSS-Fachbericht, ergänzen sich je gegenseitig.

Die Bevölkerungsbefragung ergab, dass 97 Prozent (!) der Befragten gerne in der Stadt Bern leben und eine grosse Mehrheit mit der Lebensqualität zufrieden ist. Dennoch: Kein Grund, die Hände in den Schoss zu legen. Wir wollten das genauer wissen. Im BSS-Fachbericht zur Lebensqualität haben die BSS-Abteilungen aus einem fachlichen Blickwinkel ihre Dienstleistungsangebote beleuchtet und kritisch kommentiert. Dabei zeigt sich, dass eine grosse Herausforderung immer wieder darin besteht, die gewünschten Zielgruppen auch tatsächlich mit den BSS-Angeboten zu erreichen.

Der vorliegende BSS-Fachbericht zur Lebensqualität dient der Reflexion. Er gibt auf anstehende Fragen und Herausforderungen keine abschliessenden Antworten, sondern ermöglicht Einblicke. Und das ist mir besonders wichtig, er soll Anstoss und Inspiration für die weitere Diskussion sein: Zu den Angeboten und Dienstleistungen der BSS, zum Einbezug der zuständigen Fachstellen und zur Berücksichtigung sozialplanerischer Anliegen bei der städtebaulichen Planung.

Die hohe Lebensqualität muss die Richtschnur für die Zukunft bleiben. Für mich als Gemeinderätin und Direktorin der BSS ist der Fachbericht eine wichtige Grundlage für die Diskussion bei der Ausarbeitung der strategischen Richtlinien des Gemeinderates 2017-2020 (Legislaturziele) sowie für die Ausrichtung der künftigen Strategie der BSS.

Franziska Teuscher

Direktorin für Bildung, Soziales und Sport

# Zusammenfassung

Bei der Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) steht der Mensch im Zentrum. Die Lebensqualität in der Stadt Bern hat in der Arbeit der BSS einen hohen Stellenwert und die Abteilungen der Direktion leisten hierzu wichtige Beiträge. Der Fachbericht ist eine Bestandsaufnahme ausgewählter Angebote und Dienstleistungen, die mehrheitlich von der BSS oder im Auftrag der BSS erbracht werden.

Der Bericht «Lebensqualität in der Stadt Bern» von Statistik Bern, welcher parallel zu diesem Fachbericht entstanden ist, beschreibt die Lebensqualität der Bevölkerung in einem mehrdimensionalen Konstrukt, bestehend aus objektiven Lebensbedingungen und subjektiven Einschätzungen. Die beiden Berichte werden gleichzeitig veröffentlicht und ergänzen sich gegenseitig. Neben diesem vom Gemeinderat in Auftrag gegebenen Lebensqualitätsbericht von Statistik Stadt Bern steht mit dem Fachbericht der BSS zusätzlich eine erste Fokussierung auf soziale Themen für den weiteren fachlichen und politischen Diskurs zur Verfügung.

Der vorliegende Fachbericht analysiert, vertieft und erweitert einzelne Ergebnisse aus der Bevölkerungsbefragung zur Lebensqualität, welche auch im statistischen Bericht abgebildet werden. Der Fachbericht beleuchtet aus einer sozialen und sozialplanerischen Perspektive folgende vier Schwerpunkte:

- Gesundheit
- Wohnen und Wohnumgebung
- Angebote und Dienstleistungen
- Teilhabe und Mitwirkung

Er hat folgende Zielsetzungen:

- Standortbestimmung zu den Schwerpunkten und Beitrag der BSS zur Lebensqualität
- Herausforderungen und Umgang damit
- Erstes Fazit aus einer interdisziplinären Perspektive zu den einzelnen Themen

Bei der **Gesundheit** liegt der Fokus auf dem Aspekt Stress, in Verbindung mit Gesundheit und Lebensqualität. Grundlage sind die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2015 – erläutert vom Gesundheitsdienst der BSS.

**Wohnen und Wohnumgebung** sind wichtig für die Lebensqualität der Bevölkerung. Wohnen hat auf den ersten Blick weniger mit den Fachbereichen der BSS zu tun, sondern mehr mit den Planungs-, Liegenschafts- und Baufachstellen der Stadt. In diesem Bericht steht die soziale Perspektive im Blickpunkt: Bauliche Stadtentwicklung heisst immer auch soziale Stadtentwicklung – einige Aspekte dazu werden in diesem Bericht erläutert.

Öffentliche Räume, Schulhäuser, Sportangebote, Spielplätze, Versorgungsstrukturen, Quartier-treffpunkte, Grünanlagen, Strassen und vieles mehr prägen die Stadt, ihre Quartiere und das Zusammenleben der Menschen. Ziel des Fachberichts ist, zu zeigen, welchen Nutzen die sozialen Angebote für verschiedene Bevölkerungsgruppen haben können. Die Antworten auf die Frage zur Nutzung bzw. Nicht-Nutzung bestimmter **Angebote und Dienstleistungen** hat insbesondere an den Stadtteilkonferenzen zu intensiven Diskussionen geführt.

Das Thema **Teilhabe und Mitwirkung** ist vielschichtig und ein Querschnittsthema. An zehn ausgewählten Beispielen wird im Sinne von «Best-Practice»-Beispielen erläutert, wie die BSS mit ihren Angeboten und Dienstleistungen konkrete Teilhabemöglichkeiten bietet, welche den angesprochenen Bevölkerungsgruppen gerecht werden.

Der Fachbericht der BSS und der Bericht «Lebensqualität in der Stadt Bern» von Statistik Stadt Bern bilden zusammen wertvolle Grundlagen zur Konsolidierung der Herausforderungen in der BSS, zur Bestimmung von Massnahmen und dem Setzen von strategischen Schwerpunkten auch in den Legislaturrichtlinien 2017-2020 des Gemeinderats.

# 1 Einleitung

Der Gemeinderat hat im Nachgang zum letzten Bericht zur Lebensqualität in der Stadt Bern aus dem Jahr 2008 die Präsidialabteilung in Verbindung mit der BSS beauftragt, ein neues Konzept zur Berichterstattung über die Lebensqualität zu erarbeiten. Die Befragung soll wie bis anhin im Anschluss an die Bevölkerungsbefragung als Spezialthema durchgeführt werden.

Die Lebensqualität in der Gesellschaft wird neu mehrdimensional aufgefasst und in verschiedenen Dimensionen abgebildet – nicht mehr einzig gemessen über den materiellen Wohlstand und das Sozialprodukt<sup>1</sup>. Erfasst wird das Konstrukt über Daten aus der Bevölkerungsbefragung mit Spezialteil zur Lebensqualität (subjektive Daten) und über objektive, administrative Daten. Aus all diesen Daten ergeben sich die Indikatoren. Für die Darstellung und Messung der Lebensqualität wird auf ein Konzept der OECD (Better-Life-Index)<sup>2</sup> zurückgegriffen.

Der BSS-Fachbericht nimmt ebenfalls Bezug auf die Daten der Bevölkerungsbefragung. Die zwei Berichte werden parallel publiziert und ergänzen sich inhaltlich.

## 1.1 Bevölkerungsbefragung 2015 von Statistik Stadt Bern mit Spezialteil Lebensqualität

Im Juli 2015 ist die 11. Bevölkerungsbefragung im Auftrag von Statistik Stadt Bern abgeschlossen worden. Die Stadt führt seit 1995 Bevölkerungsbefragungen durch. Erste Ergebnisse sind bereits im November 2015 publiziert worden. Wie in den vorherigen Jahren besteht die Befragung aus einem allgemeinen Teil sowie einem Spezialteil zu einem spezifischen Thema. 2015 ist dies die Lebensqualität, über welche letztmals im Jahr 2007 befragt worden ist. Der allgemeine Teil besteht aus Fragen, die während den letzten 20 Jahren praktisch unverändert geblieben sind und einen längerfristigen Vergleich ermöglichen. Der Spezialteil beleuchtet thematisch umfassend die Bereiche der Lebensqualität, wie die materiellen Bereiche Einkommen und Vermögen, Arbeit und Wohnsituation als auch die immateriellen Bereiche Umwelt (Qualität), Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Work-Life-Balance, das persönliche Engagement für die Gesellschaft, Gemeinsinn (soziales Netz der einzelnen Personen) und die Lebenszufriedenheit<sup>3</sup>.

Die zwei Berichte von Statistik Bern sind unter den Titeln «Bevölkerungsbefragung 2015 Erste Ergebnisse» und «Lebensqualität in der Stadt Bern» unter folgendem Link zu finden:

<http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>.

---

<sup>1</sup>«Lebensqualität in der Stadt Bern», S. 6f: <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>

<sup>2</sup> Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): <http://www.oecdbetterlifeindex.org/de>

<sup>3</sup> «Lebensqualität in der Stadt Bern», S. 7f: <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>



### 1.1.1 Zur Befragungsmethode und Stichprobe

Für die Befragung ist als Grundgesamtheit die Wohnbevölkerung der Stadt Bern genommen worden, die älter als 18 Jahre ist, mit Schweizer Bürgerrecht oder Niederlassung B oder C. Insgesamt 1839 Befragungen sind gemacht worden. Da nicht alle Bevölkerungsgruppen gleich häufig an der Befragung teilgenommen haben, sind die Daten für die Auswertung gewichtet worden. Bei der Darstellung der Ergebnisse werden folgende Gruppen verwendet (Breakvariablen): Geschlecht, Alter (Altersgruppen 18-30-, 31-60- und 61+-Jährige), Bildung (hoch, mittel, tief), Haushalt (Einpersonenhaushalt, Haushalt ohne Kinder, Haushalt mit Kind(ern)) und Stadtteil. Details hierzu finden sich in den statistischen Berichten<sup>4</sup>.

Auf die Auswertung der Variable Schweiz/Ausland wird im Lebensqualitätsbericht verzichtet, weil diese wenig aussagekräftig ist (vgl. Personen mit ausländischer Nationalität, die hier aufgewachsen sind) und weil die Personen deutscher Nationalität bei den ausländischen Personen stark übervertreten sind<sup>5</sup>.

Aufgrund der verfügbaren Daten können im Bericht somit weder Aussagen zu den Lebensqualitätseinschätzungen von Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderungen (wurde nicht erhoben) noch von Kindern und Jugendlichen (wurden nicht befragt) gemacht werden. Detaillierte Angaben zur Befragungsmethode und zur Stichprobe finden sich in den zwei Berichten von Statistik Stadt Bern «Bevölkerungsbefragung 2015 Erste Ergebnisse» und im Bericht «Lebensqualität in der Stadt Bern».

## 1.2. Stadtteilkonferenzen der BSS zur Lebensqualität im Sozialraum

Die BSS führt seit 2007 alle zwei Jahre Stadtteilkonferenzen zu einem aktuellen Thema durch. An den sechs Stadtteilkonferenzen im November 2015 sind erste Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2015 und zum Spezialteil Lebensqualität vorgestellt und diskutiert worden. Im Zentrum sind dabei soziale und sozialräumliche Dimensionen der Lebensqualität gestanden – mit Fokus auf die Einschätzung und Rolle der sozialen und quartierbezogenen Organisationen.

Eingeladen waren Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen, die im Sozialraum eine aktive Rolle haben, die Leistungsvertragspartnerinnen und -partner der BSS aus den jeweiligen Stadtteilen, zuständige Verwaltungsstellen der BSS sowie Personen, die an einer Weiterentwicklung des Informations- und Wissensaustausches in ihrem Stadtteil interessiert sind und dazu einen Beitrag leisten konnten. An den Stadtteilkonferenzen 2015 haben insgesamt 209 Personen teilgenommen. Ziele sind gewesen:

- Beurteilen der sozialen und sozialräumlichen Dimensionen zur Lebensqualität in der Befragung aus fachlicher Sicht der Teilnehmenden,
- Benennen der aktuellen und für den Sozialraum relevanten sozialen Herausforderungen aufgrund der Lebensqualitätsdaten,

---

<sup>4</sup> «Lebensqualität in der Stadt Bern», S. 9f und «Bevölkerungsbefragung 2015 Erste Ergebnisse»; S. 35 und 38; <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>

<sup>5</sup> «Lebensqualität in der Stadt Bern», S. 11; <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>

- Priorisieren und Bestimmen der daraus gewonnenen gesamtstädtischen und stadtteilbezogenen Einsichten, die in den BSS-Fachbericht zur Lebensqualität der Bevölkerung einfließen sollen.

Die Ergebnisse sind in einer Zusammenfassung<sup>6</sup> verdichtet worden mit einem Fokus auf Stadtteil spezifische Aussagen. Ausgewählte Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen finden sich in jedem Kapitel im vorliegenden Fachbericht.

### **1.3. Fachsicht der BSS zur Lebensqualität**

Der Blick der BSS liegt in diesem Fachbericht nicht auf den Angeboten und Dienstleistungen der Stadt bzw. der BSS als Ganzes. Der Fokus liegt einerseits auf den Daten der Bevölkerungsbefragung 2015 und speziell auf den Antworten, welche die Bernerinnen und Berner bei der Lebensqualitätsbefragung gegeben haben und andererseits auf den Einschätzungen der Fachleute an den Stadtteilkonferenzen (Kapitel 4 und 5). Die Abteilungen und zuständigen Fachstellen der BSS haben gestützt darauf Lebensqualitätsschwerpunkte mit hoher Relevanz für die BSS festgelegt.

Aus fachlicher Sicht des Gesundheitsdienstes der BSS werden die Ergebnisse aus der Lebensqualitätsbefragung zur Einschätzung der Gesundheit unter dem Aspekt des persönlichen Stressempfindens, welches 2015 erstmals erfragt worden ist, vorgestellt (Kapitel 3).

Weiter zeigen die BSS-Fachstellen an zehn «Best Practice»-Beispielen (Kapitel 6), wie die Partizipation, die soziale Teilhabe und das Engagement der Bernerinnen und Berner über alle Generationen hinweg für eine gute Lebensqualität gestärkt werden können.

---

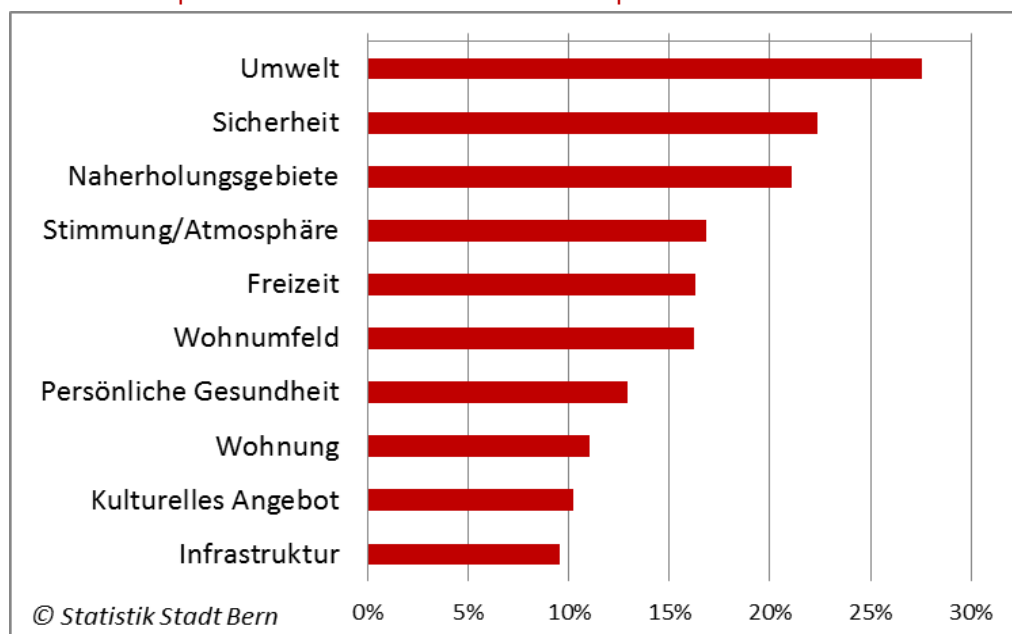
<sup>6</sup> [www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/bss/generalsekretariat-und-fachstellen/fachstelle-sozialplanung/downloads/ergebnisse-stadtteilkonferenzen-2015.pdf/download](http://www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/bss/generalsekretariat-und-fachstellen/fachstelle-sozialplanung/downloads/ergebnisse-stadtteilkonferenzen-2015.pdf/download)

## 2 Lebensqualität und Lebensbedingungen

### 2.1 Rangliste der Assoziationen zur Lebensqualität

In der nachfolgenden Grafik 1 sind die von den Bernerinnen und Bernern genannten «Top Ten» Assoziationen zur Lebensqualität abgebildet. Konkret hat die Frage gelautet: «An was denken Sie zuerst bei dem Stichwort Lebensqualität?» (offene Frage, maximal drei Antworten).

Grafik 1: «Top Ten» Assoziationen zur Lebensqualität



In den weiteren Kapiteln wird auf einzelne Aspekte differenzierter Bezug genommen. Nachfolgend eine erste Interpretation zu einzelnen Assoziationen.

Das Thema «Umwelt» belegt seit Beginn der Bevölkerungsbefragungen stets einen der vordersten Ränge. Ein weiterer Aspekt, der sich auf das Lebensumfeld bezieht, ist der am drittmest genannte Aspekt «Naherholungsgebiete», welcher 2015 deutlich häufiger genannt wird als in früheren Befragungen. Dies zeigt, dass der Bevölkerung das Lebensumfeld wichtig ist, es beeinflusst die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Lebensqualität. Ausführungen und gemessene Einflussfaktoren zum Aspekt der Umwelt (wie Luftqualität) finden sich im Bericht «Lebensqualität in der Stadt Bern»<sup>7</sup>.

Jede sechste Person assoziiert zur Lebensqualität «Freizeit», welche damit deutlich öfter genannt wird als in früheren Befragungen. In der Lebensqualitätsbefragung wird zudem gefragt, wo sich die Bernerinnen und Berner im öffentlichen Raum gerne aufhalten. Weitaus am meisten Personen antworten «in Parks und Grünanlagen» (71%) und «im Wald» (50%). Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Orte in der Freizeit genutzt werden, was die Bedeutung des

<sup>7</sup> Siehe Bericht «Lebensqualität in der Stadt Bern», S.16f: <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>

Naherholungsgebietes unterstreicht. Auf die Frage nach den Tätigkeiten an ihren liebsten Orten im öffentlichen Raum antwortet gut je ein Drittel «Spazierengehen» und «Sport treiben», knapp ein Drittel meint «sich erholen, einfach sein, auf einer Bank sitzen». Auf das Thema und konkrete (Freizeit-)Angebote und Dienstleistungen der BSS für die Bevölkerung wird im Kapitel 5 eingegangen.

«Sicherheit» wird häufiger genannt als in früheren Jahren, was sowohl mit den aktuellen politischen Unsicherheiten (Krieg, Terrorismus, Flüchtlingsströme) als auch mit der persönlichen Situation zusammenhängen dürfte. Im Bericht «Lebensqualität in der Stadt Bern» wird in einem Kapitel vertieft darauf eingegangen und unterschieden zwischen der öffentlichen Sicherheit und dem subjektiven Sicherheitsempfinden (z.B. im Wohnquartier), der finanziellen Sicherheit und der Arbeitsplatzsicherheit<sup>8</sup>. Beim letztgenannten Aspekt Arbeit wird zudem unterschieden nach Berufsarbeit, Haus-, Familien- und Freiwilligenarbeit und erläutert, wie die Befragten die Zufriedenheit damit einschätzen bzw. wie gestresst sie sich dabei fühlen (siehe auch nachfolgendes Kapitel 3.1).

9% der Bernerinnen und Berner nennen «Arbeit» als Stichwort. Das Thema ist an elfter Stelle, somit knapp nicht unter den «Top Ten»<sup>9</sup>. Die Einflussmöglichkeiten der Stadtverwaltung auf die Wirtschaft, Arbeitsplätze und Arbeitslosigkeit sind beschränkt, das Thema wird in diesem Bericht nicht vertieft behandelt. Wer eine Arbeit hat, sichert sich nicht nur die Existenz: Laut dem «Better-Life-Index» der OECD 2015 bleiben Menschen, die eine Arbeit haben, auch mit ihren Mitmenschen in Kontakt, steigern ihr Selbstwertgefühl und erwerben Qualifikationen und Kompetenzen.

Laut diesem Index schneidet die Schweiz im Vergleich mit anderen Ländern bezüglich Lebensqualität sehr gut ab. Ihre Werte liegen über dem Durchschnitt in den Themenbereichen subjektives Wohlbefinden, Beschäftigung, Gesundheit, soziale Bindungen, Umwelt, Bildung und Sicherheit. Weniger gut schneidet die Schweiz beim freiwilligen Engagement ab.

## 2.2 Zufriedenheit mit der Lebensqualität

Auf die Frage, wie zufrieden sie persönlich mit ihrer Lebensqualität sind, geben 31% der Befragten die Maximalnote 6 (sehr zufrieden), 52% sind zufrieden und geben die Note 5<sup>10</sup>. Knapp zufrieden (Note 4) sind 12% und lediglich 5% geben der eigenen Lebensqualität eine ungenügende Note (unter 4). Personen über 60 Jahre geben ihrer Lebensqualität signifikant häufiger die Höchstnote 6 als die jüngeren Altersgruppen.

83% der Bernerinnen und Berner sind somit zufrieden mit der Lebensqualität, was als positive persönliche Gesamteinschätzung ihrer persönlichen Lebenslage verstanden werden kann. Gute Lebensbedingungen können die Lebenszufriedenheit positiv beeinflussen und somit auch die persönliche Lebensqualität. Bei der Einschätzung der konkreten Lebensbedingungen und Einrichtungen zeigt sich, dass die Bevölkerung mit einzelnen Aspekten unzufrieden ist.

---

<sup>8</sup> «Lebensqualität in der Stadt Bern», S. 25ff; <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>

<sup>9</sup> Ebd. S. 13 und S. 35f.

<sup>10</sup> Ebd. S. 51f.

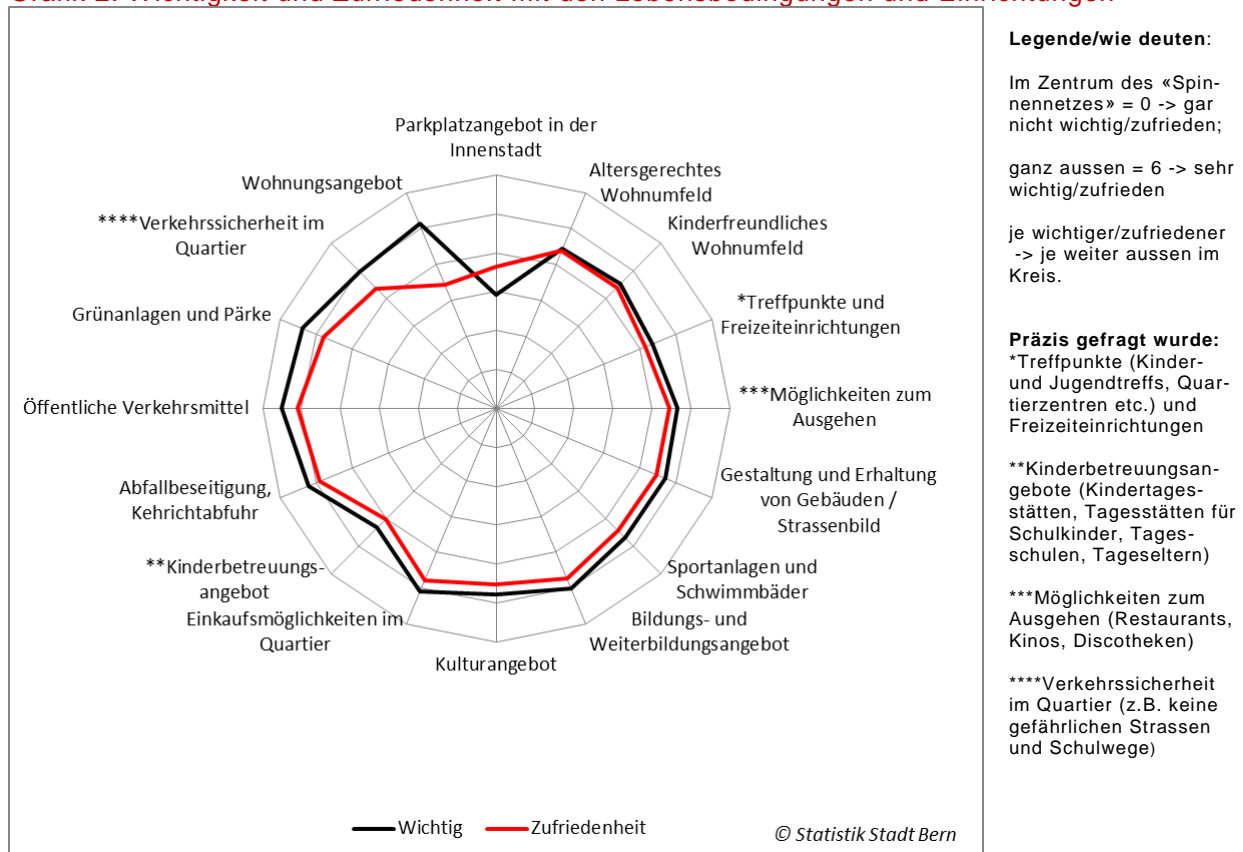
In den nachfolgenden Kapiteln werden ausgewählte Ergebnisse zu konkreten Lebensbedingungen dargestellt.

## 2.3 Einschätzungen zu den Lebensbedingungen und Einrichtungen

Nachfolgende Grafik 2 bildet die Antworten der befragten Bernerinnen und Berner zu den Lebensbedingungen zu 16 Themen ab. Zuerst ist gefragt worden, wie wichtig den Befragten die 16 Themen sind, anschliessend, wie zufrieden sie mit diesen sind. Für jedes Thema konnte eine Note von 1 (überhaupt nicht wichtig/zufrieden) bis 6 (sehr wichtig/zufrieden) gegeben werden.

Grundsätzlich kann eine tiefe Zufriedenheit kombiniert mit einem hohen Wichtigkeitswert – d.h. wenn die rote Linie deutlich weiter innen ist als die schwarze – als Handlungsbedarf interpretiert werden. Erläuterungen hierzu finden sich in den statistischen Berichten<sup>11</sup>.

**Grafik 2: Wichtigkeit und Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen und Einrichtungen**



In Grafik 2 sind die Ergebnisse für die Stadt Bern abgebildet, an den Stadtteilkonferenzen haben die Fachleute die Ergebnisse des Stadtteils diskutiert, in dem die Veranstaltung stattgefunden hat.

Die Grafik 2 ist an den Stadtteilkonferenzen als Schwerpunkt diskutiert und beurteilt worden. In den Kapiteln 4 und 5 wird auf einzelne Aspekte vertieft eingegangen.

<sup>11</sup> «Lebensqualität in der Stadt Bern», S.20 und «Bevölkerungsbefragung 2015 Erste Ergebnisse», S. 7f: <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>

### 3 Lebensqualität und Gesundheit

Die Einschätzung der Lebensqualität basiert auf Einschätzungen zur eigenen Person und zu den Lebensbedingungen in der Stadt. Auf die Frage, wie es ihnen gesundheitlich geht, antwortet die Hälfte der Befragten, es gehe ihnen gesundheitlich «sehr gut», weitere 38% sagen «ziemlich gut»<sup>12</sup>. Im Vergleich zu den Antworten in den letzten Bevölkerungsbefragungen sind die Werte kontinuierlich gestiegen. Auf die Frage nach der Zufriedenheit mit der Lebensqualität antworten 31%, sie seien sehr zufrieden (Note 6), 52% geben die Note 5 (Vgl. Kapitel 2.2.). Verglichen mit den Vorjahren zeigen sich kaum Unterschiede.

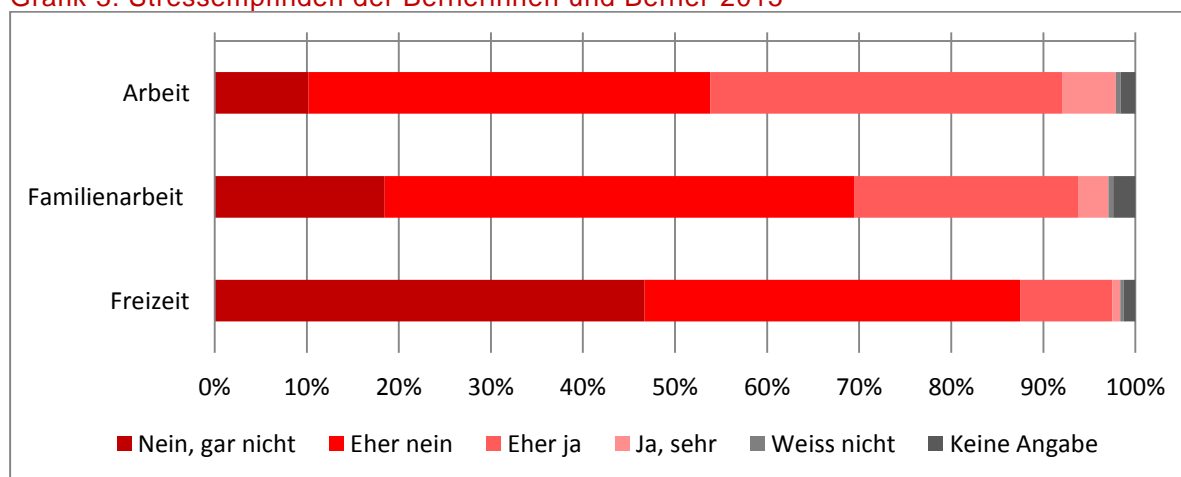
Zwischen der Einschätzung der persönlichen Gesundheit und der eigenen Lebensqualität gibt es einen signifikanten Zusammenhang, das heisst, die Lebensqualität und das Gesundheitsempfinden beeinflussen sich gegenseitig.

Die persönliche Zufriedenheit der Bernerinnen und Berner mit der Lebensqualität kann als gut beurteilt werden. Von der persönlichen Lebensqualität ist eine allgemeine Zufriedenheit mit dem Leben in der Stadt zu unterscheiden. Gemäss Bevölkerungsbefragung 2015 leben insgesamt 97% der Befragten «sehr gern» (72%) oder «gern» (25%) in Bern und nur 3% leben «eher ungern» in Bern.

#### 3.1 Stressempfinden der Bevölkerung

Nachfolgend wird die Gesundheit der Bevölkerung unter dem Aspekt des persönlichen Stressempfindens besonders beleuchtet. Dieses ist im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2015 zum ersten Mal erhoben worden<sup>13</sup>.

Grafik 3: Stressempfinden der Bernerinnen und Berner 2015<sup>14</sup>



<sup>12</sup> «Lebensqualität in der Stadt Bern», S. 41f: <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>

<sup>13</sup> Ebd. S. 46f

<sup>14</sup> «Bevölkerungsbefragung 2015, Erste Resultate», S. 14: <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>

54% der berufstätigen Befragten fühlen sich bei ihrer **Erwerbsarbeit** eher nicht oder gar nicht gestresst, wobei Personen über 60 Jahre signifikant häufiger nicht gestresst sind als die jüngeren Altersgruppen. 44% fühlen sich eher oder sehr gestresst bei ihrer Erwerbsarbeit.

Bei der **Familienarbeit** fühlen sich 27% der Personen in Haushalten mit Kindern eher (24%) bzw. sehr gestresst, dabei signifikant mehr Frauen als Männer.

In der **Freizeit** fühlen sich 11% aller Bernerinnen und Berner eher (10%) bzw. sehr gestresst (1%), dabei deutlich mehr Personen in der Altersgruppe zwischen 18-30 Jahren. Personen über 60 Jahre fühlen sich signifikant häufiger gar nicht gestresst.

Es besteht ein Zusammenhang zwischen den drei Fragen zum Stress: Personen, die bei einem der drei Aspekte antworten, sie fühlen sich gestresst, neigen dazu, auch bei einem andern Aspekt bejahend zu antworten.

Personen, die sagen, sie seien (eher) gestresst, fühlen sich sowohl gesundheitlich weniger gut wie auch weniger zufrieden mit der persönlichen Lebensqualität. Dies gilt sowohl für Gestresste bei der Erwerbsarbeit wie in der Freizeit. Stress in der Familienarbeit hat nur einen negativen Zusammenhang mit der Lebensqualität (nicht mit der Gesundheit). Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass die Familienarbeit Eltern stressen kann, sie sich aber auch durch eine gesundheitsfördernde Sinnhaftigkeit auszeichnet.

Bezüglich der **Haupttätigkeit**<sup>15</sup> ist erstens gefragt worden, ob die Personen dabei angemessene Anerkennung erfahren und zweitens, ob sie meinen, dass jene Personen, die ihnen am nächsten stehen sagen, sie würden sich zu sehr für ihre Haupttätigkeit aufopfern. Personen, die antworten, dass sie sich gestresst fühlen, erfahren tendenziell weniger Anerkennung und meinen auch, sie opfern sich für ihre Tätigkeit zu sehr auf. Dies gilt sowohl für Personen, die sich bei der Erwerbsarbeit, der Familienarbeit als auch in der Freizeit gestresst fühlen.

Weiter zeigt sich der Zusammenhang, dass sich Personen, die sagen, sie können bei ihrer Haupttätigkeit Zeit und Tagesablauf frei einteilen (beruflich und privat), weniger gestresst fühlen.

Stress wirkt sich ebenfalls unterschiedlich auf das **Freizeitverhalten** aus: Personen, die sich bei der Arbeit gestresst fühlen, lesen signifikant weniger und verbringen auch weniger Zeit zusammen mit Familie, Freundinnen und Freunden und Bekannten als nicht gestresste Befragte.

### 3.2 Soziale Teilhabe als wichtiges Element

Soziale Kontakte und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind wichtig und stärken die Lebensqualität. Dies wird in der Bevölkerungsbefragung 2015 durch folgende Zusammenhänge zur Gesundheit und Lebensqualität belegt:

Personen, welche sich gesundheitlich gut fühlen und zufrieden mit ihrer Lebensqualität sind, antworten auf die Frage, ob sie gerne mehr Menschen hätten, mit denen sie über persönliche Themen reden können, mit nein. Umgekehrt antworten Personen, die ihre Gesundheit und Lebensqualität eher negativ beurteilen, sie wünschen sich mehr Personen, mit denen sie über Persönliches reden können.

---

<sup>15</sup> Genannte Haupttätigkeiten: Beruf (60%), Hausarbeit (19%), Ausbildung (10%), Familienarbeit (7%), Freiwilligenarbeit (2%), Anderes (2%)

Bernerinnen und Berner, die zustimmend sagen, ja, es gebe eine Person, auf die sie sich in Notfällen verlassen können und jene, welche sagen, sie fühlen sich in ihrer Nachbarschaft und Wohnumgebung wohl, stufen auch ihre Lebensqualität und die persönliche Gesundheit hoch ein. Fehlen den Befragten Menschen, auf die sie sich im Notfall verlassen können und fühlen sie sich in der Nachbarschaft weniger daheim, sind sie auch weniger zufrieden mit der Lebensqualität und fühlen sich weniger gesund.

Auch sind Personen, die antworten, sie können die Lebensqualität in der Stadt Bern mit beeinflussen, zufriedener mit der eigenen Lebensqualität und persönlichen Gesundheit, als jene, die meinen, sie können die Lebensqualität nicht beeinflussen. Weitere Auswertungen finden sich im Kapitel Gemeininn im Bericht «Lebensqualität in der Stadt Bern»<sup>16</sup>.

### **3.3 Fazit und Schlussfolgerungen**

Sowohl die Zufriedenheit mit der eigenen Lebensqualität, als auch das persönliche Gesundheitsempfinden der Bevölkerung sind gemäss Befragung 2015 auf einem guten Niveau.

Die Bevölkerungsbefragung belegt, dass erlebter Stress bei der Erwerbsarbeit, der Familienarbeit und in der Freizeit ein relevanter Faktor ist und sich auf die persönliche Gesundheit und Lebensqualität negativ auswirkt. Im Rahmen der schulärztlichen Untersuchungen in der Stadt Bern ist psychischer Druck bereits bei Schülerinnen und Schülern messbar. Somit ist Stress heute bereits im frühen Jugendalter ein Thema.

Um möglichst gut mit belastenden Situationen umzugehen, ist es wichtig, eigene Ressourcen zu stärken, wie beispielsweise das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, Optimismus oder die Pflege von sozialen Beziehungen, um einen guten Umgang mit Stress zu entwickeln (problem- und emotionsbezogene Bewältigung von Stress).

Die Stadt Bern kann durch die Schaffung von guten Rahmenbedingungen einen Beitrag zur Stressreduktion leisten, beispielsweise durch Entlastung von Familien mittels optimaler Betreuungsangebote für ihre Kinder und Jugendlichen, durch die Sicherung von gesundheitsfördernden Arbeitsbedingungen für städtisch Angestellte, durch Förderung niederschwelliger, gesundheitsfördernder Freizeitangebote und Dienstleistungen oder durch die Förderung der Teilhabe und Integration.

---

<sup>16</sup> S. 64f: <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>



## 4 Wohnen / Wohnumgebung

In den Legislaturrichtlinien 2013–2016 hat sich der Gemeinderat für eine gute Lebensqualität für Menschen in allen Lebenslagen eingesetzt und auch einen Schwerpunkt beim Thema Wohnen und Nachhaltigkeit gesetzt. Die Bevölkerung ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Bern gilt als attraktive Wohnstadt. Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner ist in der Legislaturperiode 2013–2016 auf über 140'000 Personen gestiegen – das Thema Wohnen hat bei der Berner Bevölkerung und in der Politik eine hohe Priorität.

### → Auswahl Ergebnisse Stadtteilkonferenzen

Die Fachleute an den Stadtteilkonferenzen arbeiten und engagieren sich grossmehrerlich in sozialen Feldern. Viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wohnen selber im Stadtteil, in dem sie an der Veranstaltung teilgenommen haben. Die Mehrheit der Teilnehmenden arbeitet täglich mit Menschen aus dem Stadtteil und das Wohnen spielt dabei eine zentrale Rolle, z.B. bei der Unterstützung oder Pflege von älteren Menschen oder Menschen mit Behinderungen; bei der Beratung von sozioökonomisch benachteiligten, randständigen oder hilfeschenden Menschen, von grossen Familien, Migrantinnen und Migranten und im Kontakt mit Personen, die mit dem Thema des fehlenden oder ungenügenden Wohnungsangebotes konfrontiert sind. In der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen beschäftigen sich die Fachleute zudem auch mit der fehlenden Akzeptanz, welche ein Teil der jungen Menschen daheim und im Quartier erleben. In der Gemeinwesenarbeit setzen sich Fachleute für Themen ein wie Streit schlichten in Wohnblöcken oder der Aktivierung zur Mitwirkung bei konkreten Wohnumgebungsplanungen.

Die Beurteilung der Fachleute fällt vielseitig aus. Ihre Anliegen richten sich mehrheitlich an die Liegenschaftsbesitzenden und die Stadt selber. Gewünscht wird beispielsweise, dass bei baulichen Entwicklungen die nötigen sozialen Infrastrukturen von Anfang an mitgeplant werden und der gemeinnützige, günstige und hindernisfreie Wohnungsbau gefördert werde. Die Liegenschaftsverwaltungen seien für die sozialen Anliegen zu sensibilisieren. Hierbei sollen die Quartierorganisationen, Quartiervereine, Leiste, das Stadtplanungsamt und die Sozialplanung eine aktive Rolle wahrnehmen und sich gut vernetzen.

### 4.1 Wohnungsangebot und «das Zuhause»

#### → Zahlen der Bevölkerungsbefragung zur Lebensqualität

Die Bevölkerungsbefragung 2015 zeigt, dass 72% der Bernerinnen und Berner sehr gerne in der Stadt leben, 25% eher gerne.

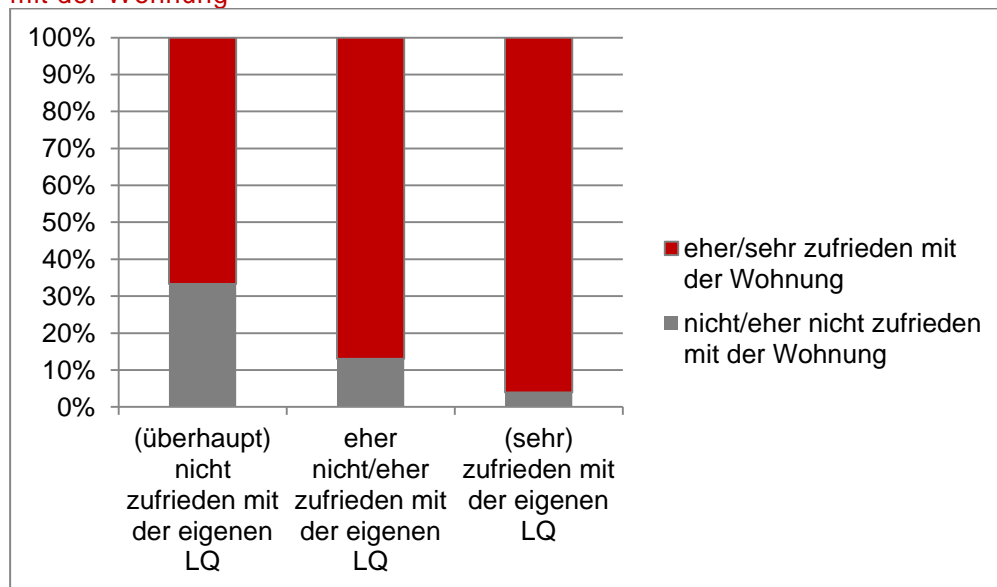
Bei der Frage nach den Lebensbedingungen (Grafik 2, S.13) antworten 76% der Bevölkerung, das **Wohnungsangebot** sei ihnen sehr wichtig oder wichtig (Note 5 oder 6), wobei dieses den über 60-Jährigen deutlich weniger wichtig ist als den jüngeren Altersgruppen. Die über 60-Jährigen sind signifikant häufiger zufrieden bis sehr zufrieden (32%) mit dem Wohnungsangebot als die jüngeren Altersgruppen, bei denen gut die Hälfte weniger bis gar nicht zufrieden ist. Personen aus Haushalten mit Kindern sind signifikant häufiger sehr unzufrieden mit dem Wohnungsangebot als andere Haushalte. Beim Wohnungsangebot fällt einerseits die relativ grosse Unzufriedenheit auf (Durchschnitt 3.4, das ist der tiefste Zufriedenheitswert). Zudem ist die Dif-

ferenz zwischen hoher Wichtigkeit und geringer Zufriedenheit beim Wohnungsangebot am grössten, woraus man schliessen kann, dass hier Handlungsbedarf besteht<sup>17</sup>.

Es ist auch nach der Zufriedenheit mit dem **Zuhause** – der Wohnung oder dem Haus – gefragt worden: 94% antworten, sie seien sehr zufrieden (60%) oder eher zufrieden (34%). Bei den über 60-Jährigen sind über 98% sehr zufrieden (77%) oder eher zufrieden (21%) mit ihrer Wohnung, signifikant mehr als in den anderen Altersgruppen. Personen in Haushalten mit Kindern sind weniger zufrieden als andere Haushalte.

Es gibt einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit dem Zuhause und der persönlichen Lebensqualität (Grafik 4). Dieser Zusammenhang besteht auch für die Wohnumgebung: Bernerinnen und Berner, die sagen, sie seien zufrieden mit ihrem Zuhause bzw. ihrer Wohnumgebung, sind signifikant häufiger auch zufrieden mit der eigenen Lebensqualität.

**Grafik 4: Zusammenhang Zufriedenheit mit der eigenen Lebensqualität (LQ) und Zufriedenheit mit der Wohnung<sup>18</sup>**



#### ➔ Auswahl Ergebnisse Stadtteilkonferenzen

Die Fachleute meinen, die Chancen auf dem Wohnungsmarkt seien nicht für alle gleich. Die meisten Voten gehen dahin, dass qualitativ guter und günstiger Wohnraum fehle und der Aufwand für die Suche nach preisgünstigem Wohnraum hoch sei – insbesondere für viele ältere, ärmere, fremdsprachige und benachteiligte Menschen. Ein Bedarf an einem Mehrangebot an grossen, günstigen Familienwohnungen wird ebenso genannt, wie an kleinen, günstigen, hindernisfreien Wohnungen.

Verlieren Menschen günstigen Wohnraum, z.B. wegen Sanierungen, führe dies oft zu einer Verdrängung der Schwächeren und damit zu einer Gentrifizierung im Quartier.

<sup>17</sup> «Lebensqualität in der Stadt Bern», S.3 und S. 21: <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>

<sup>18</sup>Statistik Stadt Bern; Datenquelle: Bevölkerungsbefragung 2015

#### 4.1.1 Blick auf hindernisfreies Bauen

##### ➔ Auswahl Ergebnisse Stadtteilkonferenzen

Die Fachleute aus dem Altersbereich unterstreichen in den Diskussionen die Bedeutung der Hindernisfreiheit in den Wohnhäusern und Wohnungen. Bezahlbare und hindernisfreie Wohnungen für Menschen mit Behinderungen und auch für ältere Menschen seien ein Mangel. Wohnblöcke ohne Lift werden zum Problem. Wichtig sei, besonders auch Genossenschaften/Liegenschaftsbesitzende darauf hinzuweisen und ihre Rolle bei Neu- und Umbauten/Renovierungen zu unterstreichen.

##### ➔ Fachblick der BSS

Eine Untersuchung des Kompetenzzentrums Alter der BSS im 2012 in allen Stadtteilen bestätigt, dass es zu wenig hindernisfreien und bezahlbaren Wohnraum gibt. Vor allem ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sind darauf angewiesen, dass hindernisfreier Wohnraum innerhalb des Limits der Ergänzungsleistungen angeboten wird. Die Wohnbautätigkeit der letzten Jahre zeigt bezüglich der Hindernisfreiheit eine grosse positive Entwicklung, wobei Neubauwohnungen oft in einem zu hohen Preissegment liegen. Letzteres erschwert auch den Umzug von älteren Menschen aus ihren zu grossen Familienwohnungen in kleinere 2- bis 3-Zimmerwohnungen.

Ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen berichten oft, dass es für sie schwierig sei, auf dem Wohnungsmarkt eine Wohnung zu finden und sie sich auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt fühlen. Ausserdem scheuen Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer oftmals den Aufwand, nötige bauliche Anpassungen vorzunehmen, auch wenn die Invalidenversicherung mitfinanzieren würde. Es ist deshalb wichtig, die Position von älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen auf dem Wohnungsmarkt zu stärken.

##### ➔ Herausforderung und Umgang damit

Für einen Teil der Menschen mit einer schwereren Behinderung besteht seit einigen Jahren die Möglichkeit, dank des Assistenzbeitrages der Invalidenversicherung, selbständig ausserhalb einer Institution zu leben. Solche Modelle befinden sich jedoch noch in den Anfängen, dürften aber durch die Neuausrichtung der Behindertenhilfe des Kantons ab 2016 zusätzlich Auftrieb erhalten. Pionierprojekte wie die «Sprungbrettwohnung» im Stöckacker-Süd sollen den Wechsel in die Selbständigkeit fördern.

Mit gezielten Informationen und Veranstaltungen setzt sich die BSS für hindernisfreien, bezahlbaren Wohnraum ein. So werden seit drei Jahren Sensibilisierungsveranstaltungen für Bauherrschaften, Architektinnen und Architekten oder Liegenschaftsverwaltungen zu den Themen «hindernisfreies Bauen» und «Ältere Menschen sowie Menschen mit einer Behinderung als Mietende» durchgeführt. Weiter werden Projekte wie «Wohnen für Hilfe» gefördert, welche Menschen, die Unterstützung brauchen und im Gegenzug Wohnraum zur Verfügung stellen, mit Studierenden zusammenbringen.

#### 4.1.2 Blick auf migrationsspezifische Aspekte

##### ➔ Fachblick der BSS

Aus Fachsicht kann auf dem Wohnungsmarkt auch von einer ethnisch-kulturellen Benachteiligung gesprochen werden. Der Mangel an günstigen, grossen Familienwohnungen betrifft Ausländerinnen und Ausländer in besonderem Masse, haben sie doch statistisch gesehen oft tiefere Einkommen und grössere Familien. Personen, die noch nicht lange in der Stadt wohnen,

wenig vernetzt sind oder fremdsprachige Personen sind bei der Wohnungssuche im Nachteil, weil sie kaum über Netzwerke verfügen (z.B. bei Wohnungen, die gar nicht ausgeschrieben, sondern unter den Mietenden vermittelt werden). Fachstellen finden auch Hinweise auf eine rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Eine Studie dazu gibt es in der Stadt Bern jedoch nicht. Die mangelhafte Datengrundlage erschwert es, diesbezüglich aktiv zu werden.

2012 war das Forum der Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern dem Thema Wohnungsmarkt gewidmet, an welchem auch die Sensibilisierung eingeladener Liegenschaftsverwaltungen angestrebt worden ist. Die Erfahrungsberichte am Forum und die Rückmeldungen von Beratungsstellen zeigen, wie wichtig der Ausbau von Unterstützungsangeboten bei der Wohnungssuche ist. Caritas Bern führt eine solche spezialisierte Fachstelle. Gebrauch davon kann jedoch ausschliesslich die vergleichsweise kleine Gruppe der anerkannten Flüchtlinge machen. Auch die Fachstelle Soziale Arbeit der katholischen Kirche hat ein Angebot zur Begleitung bei der Wohnungssuche lanciert. Das Projekt, das sich nicht spezifisch an die Migrationsbevölkerung richtet, wird vom «Internetcafé Power-Point» umgesetzt. Trotz diesem niederschweligen Angebot ist davon auszugehen, dass der Unterstützungsbedarf bei weitem nicht gedeckt ist.

#### → Herausforderung und Umgang damit

Eine besondere Herausforderung stellt die Wohnungssuche für Personen aus dem Asylbereich dar. Das Kompetenzzentrum Integration der BSS hat den Auftrag, anspruchsberechtigten Asylsuchenden nach dem Aufenthalt in Durchgangszentren Wohnraum in der sogenannten zweiten Phase zur Verfügung zu stellen. Dabei ist es auf langfristigen und günstigen Wohnraum angewiesen – auch für Einzelpersonen und kleine Familien. Im vergangenen Jahr zeigte sich eine Zunahme von Angeboten von Privaten (Wohnungen und auch Plätze in Wohngemeinschaften). Die Asylsuchenden bemühen sich auch selber, eine Wohnung zu finden. Aufgrund des nicht gesicherten Aufenthaltsstatus, der geringen finanziellen Mittel, fehlender Kontakte oder mangelhafter Kenntnis über wirkungsvolle Vorgehensweisen gestaltet sich diese Suche sehr schwierig. Im Asylverfahren befinden sich einige Hundert Personen – eine kleine Gruppe im Vergleich zu der gesamtstädtischen ausländischen Bevölkerung von knapp 35'000 Personen.

Im Nachgang zu einem früheren Forum der Migrantinnen und Migranten, welches das interkulturelle Zusammenleben in der Nachbarschaft und im Quartier thematisiert hatte, ist vom Kompetenzzentrum Integration das Projekt «Hallo Nachbar! Hallo Nachbarin – Regeln für das Zusammenleben» umgesetzt worden. Mit Flyern in 12 Sprachen und mittels Piktogrammen wird über die Regeln aus den vier Alltagsbereichen Wohnen, Abfall, Sport- und Freizeitanlagen sowie Familiengärten in der Stadt Bern informiert. Diese stossen vor allem bei Liegenschaftsverwaltungen auf reges Interesse.

### 4.1.3 Blick auf ökonomisch benachteiligte Menschen

#### → Fachblick der BSS

Für Personen mit geringem Einkommen ist es oft sehr schwierig, angemessenen Wohnraum zu bezahlbaren Preisen zu finden. Sozioökonomisch benachteiligten Personen fehlen in der Regel die Ressourcen für eine erfolgreiche Wohnungssuche. Kommen Faktoren wie Schulden oder Krankheit hinzu, werden die Hürden bei der Wohnungssuche noch verschärft. Bei den Klientinnen und Klienten des Sozialdienstes der BSS ist die Wohnungssuche ein hoch aktuelles Thema. Die Anzahl der effektiv betroffenen Personen ist schwierig zu quantifizieren. Einen Anhaltspunkt liefert allenfalls die Zahl der Personen, die von der Sozialhilfe finanziell unterstützt

werden. Ende 2015 waren dies in der Stadt Bern rund 6'800 Personen<sup>19</sup>. Für diese ist es besonders schwierig, eine Wohnung zu finden, die den Mietzinsrichtlinien des Sozialdienstes der Stadt Bern entspricht (z.B. für vier Personen maximal Fr. 1'600.00 Monatsmiete).

In der Not akzeptieren ökonomisch benachteiligte Personen teilweise auch prekäre Wohnsituationen. So sind ein Teil der günstigen Wohnungen sanierungsbedürftig oder weisen eine schlechte Bausubstanz bezüglich Kälte­dämmung auf. Zudem wohnen Menschen mit geringem Einkommen in diesen Wohnungen oft auf (zu) engem Raum, was verschiedene Folgeprobleme mit sich bringen kann. Folgen können Feuchtigkeitsprobleme in den Wohnungen oder Schimmelpilzbefall sein, welche gesundheitsgefährdende Ausmasse annehmen können. Nicht selten kommt fehlendes Wissen um mietrechtliche Belange oder zum sachgerechten Unterhalt der Wohnung hinzu (z.B. richtiges Heizen und Lüften). Die Schadensursache (Bausubstanz bzw. Lüftungsverhalten der Mieter und Mieterinnen) ist nur durch ein bauphysikalisches Gutachten korrekt beurteilbar, wobei aus Kostengründen oft darauf verzichtet wird. Das Gesundheitsinspektorat bietet Informationen für die Mieterinnen und Mieter über das richtige Lüften und zur Wohnhygiene in verschiedenen Sprachen an.

Nach Schätzungen von Pinto leben rund 250 sogenannt Randständige und Obdachlose in der Stadt, welche spezielle Angebote wie das Passantenheim der Heilsarmee, den «Sleeper», betreutes Wohnen oder eine Wohnbegleitung (WOHnenbern) nutzen. In der Stadt Bern werden rund 200 Plätze im betreuten und begleiteten Wohnen angeboten. Die Randständigen leben oft in instabilen Lebenssituationen und fallen zudem meist durch ein auffälliges Erscheinungsbild auf. Sie haben faktisch keine Chance, auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung zu finden. Ein Teil von ihnen lebt in un­stabilen Verhältnissen bei Kolleginnen und Kollegen, bei Bekannten, Verwandten oder sie sind obdachlos. Der Obdachlosenkoordinator des Sozialamtes berät Personen, die obdachlos oder von Obdachlosigkeit bedroht sind. Die Mitarbeitenden von Pinto unterstützen wenn nötig Randständige und Obdachlose auch bei der Wohnungssuche.

#### ➔ Herausforderung und Umgang damit

Die sozioökonomisch benachteiligten Personengruppen wie Sozialhilfebeziehende, ein Teil der Migrantinnen und Migranten und der älteren Menschen oder Asylbewerbende sind sozusagen Konkurrentinnen und Konkurrenten auf dem Wohnungsmarkt. Es braucht genügend günstigen Wohnraum, damit auch der Bedarf dieser Zielgruppen gedeckt werden kann.

Finden Randständige und Obdachlose trotz allen Schwierigkeiten Zugang zu einer Wohnung, können Folgeprobleme aufgrund der geringen Wohnkompetenzen auftreten (z.B. wegen Verwahrlosungstendenzen, Schwierigkeiten beim Einhalten der Hausordnung), was zu Konflikten mit der Nachbarschaft und der Verwaltung führen kann. In Konfliktfällen versuchen der Obdachlosenkoordinator des Sozialamtes und die Mitarbeitenden von Pinto zu vermitteln. Hier könnte eine minimale Wohnbegleitung im Sinne von «Nach dem Rechten schauen und aktiv anpacken» helfen, Probleme früh zu erkennen oder zu entschärfen. Durch die Schaffung minimal betreuter Angebote für Personen, die wenige Wohnfähigkeiten besitzen, könnten Defizite kompensiert werden. Diese Unterstützungsleistungen könnten zum Teil auch von Freiwilligen geleistet werden.

---

<sup>19</sup> Sozialamt Stadt Bern, Statistik – Kennzahlen zur Sozialhilfe, zum Alimenterwesen sowie zur Abklärung, Qualifikation und Vermittlung von Stellensuchenden in der Stadt Bern vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015, Bern 2016

## 4.2 Wohnumgebung und Begegnungsmöglichkeiten im Quartier

### ➔ Zahlen der Bevölkerungsbefragung zur Lebensqualität

Zu den «Top Ten» der Lebensqualität (Grafik 1, S. 11) gehören sowohl das **Wohnumfeld** (Rang 6) als auch die Wohnung (Rang 8). 2015 ist das Wohnumfeld deutlich seltener als Lebensqualitätsfaktor genannt worden als in allen vorangehenden Befragungen (früher jeweils Rang 1 oder 2). Die Wohnung hat leicht Ränge verloren gegenüber früheren Befragungen.

54% der Befragten meinen, sie seien sehr zufrieden mit ihrer **Wohnumgebung** (Umgebung in unmittelbarer Nähe der Wohnung / des Hauses, inkl. Nachbarschaft), 40% meinen, sie seien eher zufrieden. Die über 60-Jährigen sind deutlich häufiger sehr zufriedener (63%) als die Gruppe der unter 30-Jährigen (46%).

Bei der Frage nach der Wichtigkeit und Zufriedenheit mit dem **altersgerechten bzw. kinderfreundlichen Wohnumfeld**, werden Wichtigkeit (Durchschnitt je rund Note 4.5) und Zufriedenheit (Durchschnitt je rund 4.4) fast gleichwertig beurteilt, woraus man schliessen kann, dass die Befragten durchschnittlich weniger Handlungsbedarf sehen. Erwartungsgemäss ist den über 60-Jährigen signifikant wichtiger, dass das Wohnumfeld altersgerecht ist (75% gaben die Note 6 oder 5), sie sind auch häufiger zufrieden damit (55% geben die Note 5 oder 6). Den Befragten in einem Haushalt mit Kindern, ist die Kinderfreundlichkeit des Wohnumfeldes signifikant wichtiger (86% geben die Note 6 oder 5) und sie sind auch häufiger zufriedener damit (54% geben die Note 5 oder 6) als Befragte in andern Haushalten.

Gefragt nach der Wichtigkeit und Zufriedenheit mit den **Einkaufsmöglichkeiten im Quartier**, sagen 64% der Befragten, sie seien zufrieden (Note 5 und 6). Über 60-Jährige und Frauen sagen signifikant häufiger, sie seien sehr zufrieden (Note 6) damit. Über 50% der älteren Befragten meinen auch, diese seien ihnen sehr wichtig (gegenüber 42% aller Befragten), den jüngeren Altersgruppen sind die Einkaufsmöglichkeiten im Quartier deutlich weniger wichtig.

Die Diskrepanz zwischen der Zufriedenheit (Durchschnittsnote rund 4.4) mit der **Verkehrssicherheit im Quartier** und deren Wichtigkeit (Durchschnittsnote Note 5) ist auch ein Hinweis, dass das Wohnumfeld die Bevölkerung beschäftigt. Die Verkehrssicherheit im Quartier ist den 18-30-Jährigen weniger wichtig als den anderen Altersgruppen. Frauen und Personen in Haushalten mit Kindern antworten signifikant häufiger, dass ihnen die Verkehrssicherheit im Quartier sehr wichtig sei. Personen in Haushalten mit Kindern sind deutlich weniger zufrieden mit der Verkehrssicherheit. 55% der befragten Personen über 60 Jahre sind häufiger sehr zufrieden oder zufrieden (Note 5 oder 6) mit der Verkehrssicherheit im Quartier.

**Öffentliche Verkehrsmittel** sind rund zwei Drittel der Bevölkerung sehr wichtig (Note 6), den über 60-Jährigen sind sie mit 72% deutlich wichtiger als jüngeren Altersgruppen. 56% Prozent der Personen über 60 Jahre sind auch sehr zufrieden mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, deutlich mehr als die jüngeren Altersgruppen (rund 37%).

Die Frage, ob sie sich **unter den Leuten in ihrer Nachbarschaft und Wohnumgebung daheim fühlen**, bejahen dies 76% der Befragten mit «trifft voll und ganz zu» (27%) bzw. «trifft eher zu» (49%). Gegenüber den früheren Befragungen sagen 2015 deutlich weniger Personen,



es treffe voll und ganz zu (früher rund 48%)<sup>20</sup>. Im Vergleich zur Befragung 2007 ist der Anteil jener, die sich in der Nachbarschaft überhaupt nicht oder eher nicht daheim fühlt um 3% auf 20.5% gestiegen. Personen über 60 Jahre und Frauen antworten signifikant häufiger positiv als die jüngeren Altersgruppen und Männer. Insbesondere die Altersgruppe zwischen 18-30 Jahren fühlt sich häufiger nicht daheim (29%) in der Nachbarschaft, dennoch äusseren sich 63% eher positiv, bei der Altersgruppe der über 60-Jährigen sind 85% eher positive Antworten.

#### ➔ Auswahl Ergebnisse Stadtteilkonferenzen

Das Thema Wohnumfeld wird als eine wichtige Lebensbedingung für die Lebensqualität der Menschen in ihrem Stadtteil beurteilt. Bei den Begründungen weisen sie vorwiegend auf die Identifikations-, Erlebnis- und Aufenthaltsqualität und auf die Mitgestaltungsmöglichkeiten des Wohnumfeldes hin.

Als ein Hauptargument halten sie fest, dass die Bevölkerung die Gelegenheit haben müsse, mitzuwirken. Sowohl Erwachsene wie auch Jugendliche und Kinder seien bei der Gestaltung des (halb)öffentlichen Raums in ihrem Quartier und der Wohnumgebung aktiv einzubeziehen. Dies schaffe Gelegenheit für Begegnungen, fördere Nachbarschaftsbeziehungen und stärke die Identifikation mit dem Quartier. Auch die gegenseitige Toleranz und das Verständnis füreinander können so gefördert werden (zwischen den Generationen und verschiedenen Kulturen). Ein lebendiges Quartier zeichne sich durch die (sichtbaren) Spuren aus, welche Menschen hinterlassen können. Die Stadt solle insbesondere Initiativen, die aus der Bevölkerung kommen, unterstützen und ernst nehmen.

Als förderlich für Begegnungen im Quartier und die Teilhabe am Quartierleben nennen die Fachpersonen einen guten Wohnungsmix und den gemeinnützigen Wohnungsbau. Wichtig sei auch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen privaten Wohnungen, Gewerbe/Dienstleistungen und öffentlich nutzbaren Flächen im Quartier.

Die Fachpersonen meinen, dass auch Massnahmen zur Verkehrsberuhigung die Aufenthaltsqualität und Sicherheit im öffentlichen Raum fördere, besonders auch für Kinder, Ältere und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.

### 4.2.1 Blick auf ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen

#### ➔ Auswahl Ergebnisse Stadtteilkonferenzen

Das Wohnumfeld und auch der Zugang zu den Wohnhäusern seien oft nicht hindernisfrei.

Ein Teil der alleinstehenden älteren Menschen vereinsame in den Wohnungen. Hier sehen die Fachleute auch bei der Quartierarbeit eine aktive Rolle. Nachbarschaftshilfe und ein Lieferservice für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen seien in allen Stadtteilen nützlich, besonders in den Quartieren, in denen es kaum Einkaufsmöglichkeiten gebe oder die eine schlechte ÖV-Anbindung haben.

---

<sup>20</sup> Bei den Auswertungen fällt auf, dass die extremeren Kategorien («voll und ganz» bzw. «überhaupt nicht» usw.) weniger benutzt wurden, die gemässigten («eher», «eher nicht») dafür mehr. Online wurden die gemässigten Kategorien viel häufiger genutzt als am Telefon, an dem – wie früher in den reinen Telefonbefragungen – mehr extremere Antworten gegeben wurden. Das heisst es handelt sich hier wahrscheinlich um einen Settingeffekt: Das Medium hat Einfluss auf das Antwortverhalten.

### ➔ Fachblick der BSS

Hindernisfreie Siedlungen, die alle Generationen ansprechen, attraktiv gestaltet sind und eine gute Verkehrsführung aufweisen, sind die Basis für ein belebtes Quartier und führen zu einem subjektiven und objektiven Gefühl von Sicherheit.

Für ältere Menschen und Menschen mit einer Behinderung ist die wohnortsnahe Anbindung an Dienstleistungsangebote wie Einkaufsmöglichkeiten, Apotheken, ärztliche Versorgung und an den öffentlichen Verkehr zentral, damit sie selbständig in den eigenen vier Wänden wohnen und am sozialen Leben teilhaben können. Dazu braucht es Unterstützungs- und Dienstleistungsangebote in den Quartieren.

### ➔ Herausforderung und Umgang damit

Da für hochaltrige Menschen und Menschen mit starken Mobilitätseinschränkungen der Bewegungsradius und somit die Bedeutung des Wohnumfeldes und die Teilhabe am sozialen Leben abnehmen, erhöht sich die Gefahr der Vereinsamung. Die Stärkung der Nachbarschaftshilfe im Quartier kann hier unterstützend wirken. Zu diesem Zweck hat die Stadt das Pilotprojekt «Socius» lanciert (vgl. Kapitel 6.3), das bis 2018 im Stadtteil Mattenhof-Weissenbühl durchgeführt wird und bei erfolgreichem Abschluss auch in anderen Stadtteilen umgesetzt werden soll. Durch Unterstützung der aufsuchenden Quartierarbeit der VBG und der Sensibilisierung der Bevölkerung zum Thema Einsamkeit sollen Menschen, die schwer zu erreichen sind, ins soziale Leben miteinbezogen werden. Zudem ist es wichtig, dass die Dienstleistungserbringenden im Stadtteil (wie Pflegeangebote, Hausbesuche, Fahrdienste) gut vernetzt sind, so dass Versorgungslücken rechtzeitig entdeckt und Doppelspurigkeiten vermieden werden können (vgl. Kapitel 5.8).

Der Hindernisfreiheit in den bestehenden Wohnungen wird heute noch zu wenig Beachtung geschenkt, hier sind alle beteiligten Direktionen gefordert, Lösungen anzugehen.

Die Quartierverbundenheit – auch im Sinne von Mitverantwortung – soll auf verschiedene Art und Weise gestärkt werden. In Innenhöfen, halböffentlichen Räumen oder auf öffentlichen Plätzen können beispielsweise Möglichkeiten für Begegnungen mit sogenannten «Türöffnern» wie Tiergehegen, Brunnen, Wasserspielen, Sitzgelegenheiten, Urban Gardening oder Spielmöglichkeiten geschaffen werden. Weiter unterstützen Quartierfeste und Generationenprojekte einen aktiven Austausch, der über den Anlass hinaus wirken kann.

## 4.2.2 Blick auf Familien, Kinder und Jugendliche

### ➔ Auswahl Ergebnisse Stadtteilkonferenzen

Die Fachleute aus dem Kinder- und Jugendbereich bezeichnen die Qualität des Wohnumfeldes und des frei verfügbaren öffentlichen Raums als zentral für die Lebensqualität. Kinder haben einen anderen Radius, in dem sie sich bewegen als Erwachsene, und Jugendliche seien auf konsumfreie öffentliche Räume angewiesen, um sich zu treffen. Vielfältig nutzbarer öffentlicher Begegnungsraum oder Wohnstrassen decken vielfältige Bedürfnisse aller Quartierbewohnenden ab.

Die Quartierbevölkerung, Verwaltungen und Eigentümerschaften seien zu aktivieren, damit Kinder und Jugendliche Höfe und Strassen vermehrt nutzen können: Gezielte Möblierung von Höfen, Strassen und Plätzen seien zu fördern, damit Aktivitäten ermöglicht werden (Lesen, Bewegung, Begegnung und Spiel). Kinder und Jugendliche seien direkt mit einzubeziehen, wenn es um die Gestaltung ihres Wohnumfeldes gehe.



Auch genügend Schulraum, sichere Schulwege und attraktive Pausenplätze seien wichtig. Abwechslungsreiche Spielplätze mit Mitgestaltungsmöglichkeiten seien auch bei Wohnumgebungsgestaltungen durch die Verwaltungen oder durch Landschaftsarchitektinnen und -architekten zu realisieren.

#### → **Fachblick der BSS**

Ein kinder- und jugendgerechter Lebensraum hat verschiedene Kriterien bzw. Raumfunktionen zu erfüllen. Sicherheit, gute Erreichbarkeit und Zugang zu wichtigen Aufenthaltsorten sind zentral, damit sich Kinder und Jugendliche selbständig bewegen, spielen, lernen, sich entfalten und erholen und in welchem sie Beziehungen pflegen können. Ein kinder- und jugendfreundliches Wohnumfeld trägt massgeblich zu einer ganzheitlichen Entwicklung und einem gesunden Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen bei und entlastet die Erwachsenen im Familienalltag.

Im Wohnquartier sollen Kinder und Jugendliche wichtige Orte ohne soziale und räumliche Barrieren erreichen können. Dafür braucht es beispielsweise ein sicheres Fuss- und Velowegnetz. Geschützte, einsehbare und verkehrsfreie Höfe und Plätze zum Spielen und Verweilen fördern die Nachbarschaftsbeziehungen und erhöhen das Gefühl von Sicherheit. Kleinkinderspielplätze sind in Ruf- und Sichtweite der Wohnungen zu planen.

Die Schulwegsicherheit ist ein wichtiges Lebensqualitäts-Kriterium der Wohnumgebung. Auch in der Freizeit halten sich Kinder und Jugendliche gerne auf den Schularealen und auf Sportplätzen bei Schulanlagen auf – es sind viel genutzte Spielorte und Treffpunkte.

#### → **Herausforderung und Umgang damit**

Für die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen braucht es andere Vorgehensweisen als bei den (etablierten) Mitwirkungsmöglichkeiten für Erwachsene.

Massnahmen werden in der Stadtverwaltung direktionsübergreifend von verschiedenen Fachstellen und Ämtern (beispielsweise vom Jugendamt und von Stadtgrün) bereits umgesetzt, um kinder- und jugendgerechte Lebensräume zu erhalten und neu zu schaffen. Bei der Gestaltung oder Aufwertung von öffentlichen Spielplätzen und Pausenplätzen haben Kinder und Jugendliche bereits Mitwirkungsmöglichkeiten. Geplant ist, die Kinder- und Jugendmitwirkung bei Schulraum-Bauprojekten (Sanierung oder Neubau Aussenraum und Gebäude) in einem klaren Prozessablauf zu verankern.

Kinder und Jugendliche sollen ihren Schulweg alleine, zu Fuss oder per Velo bestreiten können – auch als Beitrag zur Bewegungsförderung. Dafür braucht es ein gutes Netz an Schulinfrastrukturen und sichere Verkehrswege. Die Elternräte der Schulen arbeiten dafür mit den zuständigen Verwaltungsabteilungen zusammen. Ihre Anregungen werden von der Verkehrsplanung aufgenommen. Die Sicherheit auf den Zebrastreifen rund um die Schulhäuser wird laufend verbessert. Eine Kampagne der Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün TVS in Verbindung mit der BSS zur Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmenden ist in Vorbereitung und soll das Sicherheitsgefühl der Eltern und Kinder verbessern. Die Überprüfung der Schulwegsicherheit ist eine Daueraufgabe (Vgl. Kapitel 5.3.).

Das Sportamt hat das Projekt VELO SKILLS TOUR lanciert. Ein mobiler Pumptrack, ein attraktiver Verkehrspark und ein interaktiver Velo-Verkehrstest sollen Besucherinnen und Besucher fürs Velofahren begeistern sowie Kinder und Jugendliche fit für den Strassenverkehr machen: Ab 2017 tourt die VELO SKILLS TOUR von Schulkreis zu Schulkreis. Die Tour ist Bestandteil der Velo-Offensive, mit welcher der Gemeinderat den Anteil der Velofahrenden am Gesamtverkehr erhöhen will.

## 4.3 Fazit

Die Bernerinnen und Berner leben grossmehrheitlich gerne in der Stadt. Als Gründe nennen sie in der Bevölkerungsbefragung am meisten den Aspekt «Schöne Stadt» gefolgt von «Überschaubare Grösse», «Öffentlicher Verkehr» und «Lebensqualität allgemein»<sup>21</sup>. Der Zusammenhang zwischen Lebensqualität und der Bedeutung des Wohnens ist signifikant: Bernerinnen und Berner, die mit ihrer Wohnung und der Wohnumgebung zufrieden sind, sind auch zufrieden mit ihrer Lebensqualität.

Auch die steigenden Bevölkerungszahlen belegen, dass Bern eine attraktive Wohnstadt ist. Durch die Förderung des Wohnungsbaus soll weiteren Personen das Leben in der Stadt ermöglicht werden. Neue Menschen in der Stadt brauchen neben einer Wohnung auch bedarfsgerechte – gesamtstädtische und quartierbezogene – (soziale) Infrastrukturen, Angebote und Dienstleistungen und Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe, für Begegnungen, für Spiel, Sport und zur Erholung in der Freizeit.

Günstiger Wohnraum ist in der Stadt Bern rar und stellt sozioökonomisch benachteiligte Personen, grosse Familien oder Personen, die (noch) über schwache soziale Netzwerke in der Stadt verfügen, vor besondere Herausforderungen. Gefordert sind insbesondere verwaltungsinterne und -externe Fachstellen und Organisationen, welche bei der Wohnungssuche für diese Bevölkerungsgruppen eine aktive Rolle einnehmen. Verschiedene Dienststellen der Stadtverwaltung, wie das Kompetenzzentrum Integration, Pinto, die Obdachlosenkoordination, der Erwachsenen- und Kinderschutz oder das Sozialamt sind für ihre Klientel auf das Wohnungssegment der sehr günstigen Wohnungen angewiesen.

Ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sind auf gut erschlossene, hindernisfreie und bezahlbare Wohnungen angewiesen. Hindernisfreiheit muss nicht nur bei städtischen Wohnbauprojekten hohe Priorität haben. Auch die Einflussmöglichkeiten auf private Wohnbautätigkeiten sind konsequent auszuschöpfen. Zudem sind bestehende Wohnungen systematisch und stadtweit möglichst hindernisfrei umzugestalten. Im öffentlichen Raum soll in der Stadt Bern künftig jedes Bauprojekt unter dem Aspekt der Hindernisfreiheit geplant und umgesetzt werden – damit sich Menschen mit Behinderungen, Senioren und Seniorinnen, Eltern mit Kinderwagen oder Reisende mit Gepäck selbständig und frei bewegen können. Zusammen mit den Behindertenorganisationen hat die Stadt die notwendigen Grundlagen dafür geschaffen. Damit leistet sie schweizweit Pionierarbeit.

Wenn Bern eine Stadt «für alle» sein soll, braucht es Akzeptanz und Toleranz gegenüber den Schwächeren und wenig integrierten Menschen, Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sowie die Offenheit für eine kulturelle Vielfalt und das Zusammenleben der Generationen und Kulturen.

Für die Lebensqualität sind auch das unmittelbare Wohnumfeld und die Qualität des öffentlichen Raums zentral. Quartierplätze zum Pflegen von Kontakten stärken nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sie geben den Plätzen und Stadtquartieren Identität. Ein entscheidendes Kriterium ist, dass die Bewohnerinnen und Bewohner bei der Planung und konkreten Gestaltung wenn immer möglich mit einbezogen werden. Dies verlangt auch von den Verwaltungsstellen

---

<sup>21</sup> Bericht «Bevölkerungsbefragung 2015 Erste Ergebnisse», S. 5: <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>

und den betroffenen Fachstellen im Quartier die Bereitschaft, aktiv auf die Bewohnerinnen und Bewohner zuzugehen.

Im Stadtentwicklungskonzept STEK 2016 wird der Fokus auf die räumliche Stadtentwicklung gelegt, auch auf die Verdichtung nach innen. Ebenso werden Schwerpunkte gesetzt in der Erhaltung von Grün- und Freiräumen. Zudem strebt das STEK 2016 in den nächsten 15 Jahren ein weiteres Bevölkerungswachstum an. Dem Quartierleben, der Quartierentwicklung und dem Wohnen in einem identitätsstiftenden und lebendigen Wohnumfeld wird hohe Priorität beigemessen. Es wird eine Herausforderung sein – trotz Verdichtung – die Bedürfnisse nach Frei- und Erholungsraum zu berücksichtigen und sozialpolitisch relevante Themen konsequent in die Entwicklungen einzubeziehen.

Damit Bern als attraktiver Lebensort mit einer sozialen Vielfalt und einer funktionalen Durchmischung gestärkt wird, ist der gesellschaftlichen Nachhaltigkeit besondere Beachtung zu schenken. Aus sozialer Perspektive braucht es eine Areal- und Wohnstrategie für die künftige Wohnpolitik und die Stärkung des gemeinnützigen und preisgünstigen Wohnungsbaus insbesondere dafür, dass Familien mit Kindern, Seniorinnen und Senioren sowie sozioökonomisch Benachteiligte angemessenen und günstigen Wohnraum sowie eine attraktive Wohnumgebung haben.

Die BSS bringt bei aktuellen Bauprojekten der Stadt sozialplanerische und -politische Anliegen aktiv ein. Es ist wichtig, dass die vorliegenden Ergebnisse zur Bedeutung des Wohnens von den Verwaltungsstellen, der Politik und privaten Investoren und Investorinnen berücksichtigt werden.

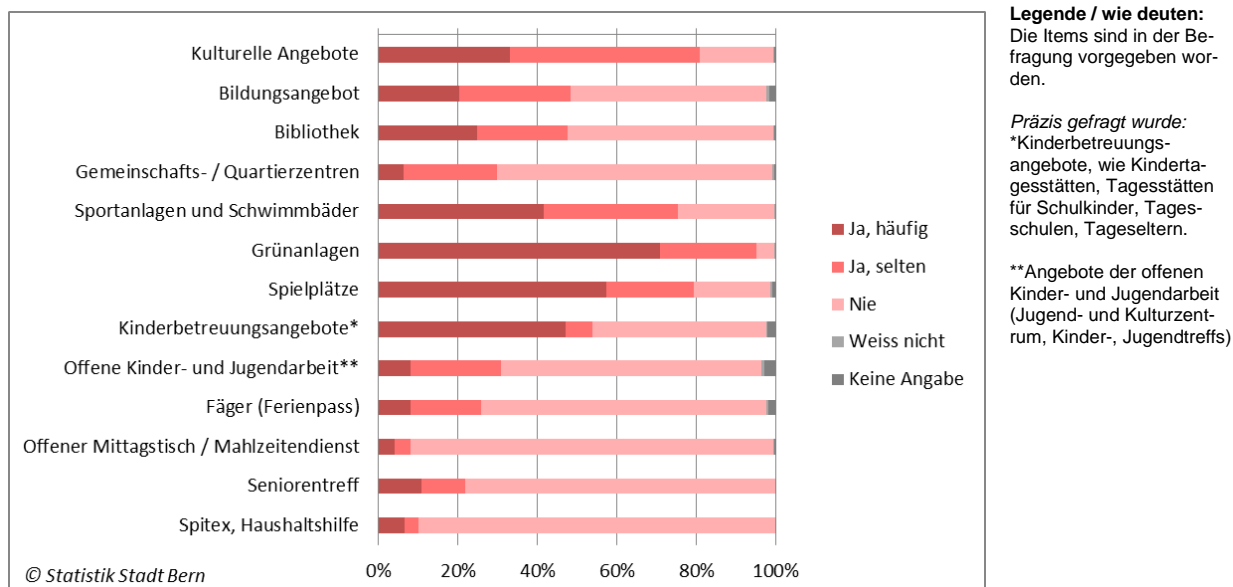
## 5 Nutzung von Angeboten und Dienstleistungen

Infrastrukturen gehören zu den «Top Ten»-Assoziationen, welche Bernerinnen und Berner zur Lebensqualität nennen (Grafik 1, S.11). Die Zugänglichkeit zu Dienstleistungen und Angeboten in wichtigen Lebensbereichen wie Bildung, Arbeit, Mobilität, Gesundheit, Sport, Freizeit, Kultur und zu sozialen Infrastrukturen ist zentral für die Sicherstellung und Stärkung der sozialen Gerechtigkeit, Chancengerechtigkeit und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Bevölkerung soll auf eine Grundversorgung und auf bedarfsgerechte Infrastrukturen und Dienstleistungen zählen können, welche zur hohen Lebensqualität beitragen.

In der Befragung ist eine vertiefende Frage zur Nutzung ausgewählter Angebote und Dienstleistungen (Grafik 5) gestellt worden. Die Auswahl ist dieselbe wie in früheren Befragungen, um zeitliche Entwicklungen aufzeigen zu können<sup>22</sup>. Sie bildet jedoch nicht alle Angebote in der Stadt ab.

Konkret lautet die Frage: «Welche der folgenden Dienstleistungen und Angebote in der Stadt Bern haben Sie<sup>23</sup> in den letzten 12 Monaten benutzt?». Auf die Antworten wird in diesem Kapitel vertieft Bezug genommen, wobei der Fachblick aus sozialplanerischer Sicht auf jene Angebote und Dienstleistungen gelegt wird, welche die BSS betreffen.

**Grafik 5: Nutzung von Angeboten und Dienstleistungen der Stadt**



- Kulturelle Angebote – Grünanlagen: Alle Personen in der Bevölkerungsbefragung wurden dazu befragt
- Spielplätze – «Fäger»: Nur Personen mit Kind(ern) unter 18 Jahren wurden zu diesen Items befragt, ob sie bzw. ihre Kinder sie nutzen.
- Offener Mittagstisch – Spitex: Nur Personen über 60 Jahre wurden zu diesen Items befragt

In der Grafik 5 sind die Ergebnisse für die Stadt Bern abgebildet, an den Stadtteilkonferenzen haben die Fachleute die Ergebnisse des Stadtteils diskutiert, in dem die Veranstaltung stattgefunden hat.

<sup>22</sup> Vgl. Zeitreihen 1999-2015 «Lebensqualität in der Stadt Bern», S. 59: <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>

<sup>23</sup> Bei Personen in Haushalten mit Kindern ist gefragt worden: «... haben Sie bzw. Ihre Kinder in den letzten 12 Monaten benutzt?»

## 5.1 Öffentliche Räume und Grünanlagen

### ➔ Zahlen der Bevölkerungsbefragung zur Lebensqualität

Auf die Frage, welche Angebote und Dienstleistungen die Befragten nutzen (vgl. Grafik 5, S. 28), antworten 71%, Grünanlagen und Parks nutzen sie häufig, selten nutzen sie weitere 24%. Die Altersgruppe der über 60-Jährigen hält sich seltener in Grünanlagen und Parks auf als die jüngeren Altersgruppen. Personen in Haushalten mit Kindern nutzen sie signifikant häufiger als Personen in anderen Haushalten.

Bei der Frage nach der Wichtigkeit und Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen, antworten 86%, Grünanlagen und Parks seien ihnen wichtig bis sehr wichtig (Note 6 oder 5). Demgegenüber sind nur 65% zufrieden bis sehr zufrieden damit (Note 5 oder 6). Daraus kann man einen Handlungsbedarf ableiten (Vgl. Kapitel 3.2.). Über 60-Jährige sind deutlich zufriedener mit den Grünanlagen und Parks als die jüngeren Altersgruppen.

Erstmals in einer Bevölkerungsbefragung wird die Frage gestellt, wo sich die Befragten im öffentlichen Raum gerne aufhalten. Drei Nennungen sind möglich: 71% der Befragten antworten «in Grünanlagen/Parks»; jede zweite Person meint «im Wald». Diese beiden öffentlichen Räume werden mit Abstand am meisten genannt. Danach folgen als oft genutzte öffentliche Räume Strassen und Plätze.

Auf die nachfolgende Frage, welche Tätigkeiten sie im öffentlichen Raum gerne ausüben, sagen am meisten «Spazieren gehen»(36%), 33% meinen «Sport treiben» (darunter ist auch Wandern und schnelles Gehen gemeint) und 31% «sitzen, sich erholen/einfach sein». Letzteres nennt die Altersgruppe der 18-30 Jährigen signifikant häufiger – umgekehrt geht die Altersgruppe der über 60-Jährigen öfter spazieren, treibt dort jedoch deutlich seltener Sport als die jüngeren Altersgruppen. Die 18-30-Jährigen halten sich signifikant öfter im öffentlichen Raum auf, um Freundinnen / Kollegen zu treffen oder um die Mittagspause zu verbringen<sup>24</sup>.

### ➔ Auswahl Ergebnisse Stadtteilkonferenzen

Städtische Grünanlagen und Parks werden an den Stadtteilkonferenzen als schön und gepflegt, jedoch als wenig gestaltbar bzw. als vorgestaltet beurteilt. In allen Diskussionen wird festgehalten, dass es in den Quartieren und Wohngebieten zu wenig Freiräume und Grünanlagen gebe, die man multifunktional nutzen könne. Auf Grünanlagen, öffentlichen Spielplätzen und Spielplätzen auf Schularealen sollen sanitäre Anlagen vorhanden oder nutzbar sein (es sei in Zusammenarbeit mit Kirchgemeinden, Schulen und lokalen Institutionen oder Restaurants zu prüfen, ob ihre sanitären Anlagen benutzt werden können).

In den Stadtteilen fehle es vielerorts an einem Quartierzentrum (zum Einkaufen, Verweilen, mit Restaurants, ÖV). Generationenübergreifende Begegnungsräume seien rar. Innen- und Außenräume für gemeinschaftliche Projekte und Angebote, die gestalterische Möglichkeiten offen lassen und nicht zielgruppenspezifisch sind, seien zu fördern. Im öffentlichen Raum fehlen insbesondere Orte und Treffmöglichkeiten ohne Konsumzwang. Öffentliche Räume, die eine soziale, persönliche Atmosphäre haben (wie der Stauffacherplatz, Mittelstrasse, Lorrainepärkli) werden von der Bevölkerung geschätzt. Diese stärken die Identität des Quartiers und die Identifikation mit dem Quartier. Öffentliche Räume seien wichtige Treffmöglichkeiten. Herausforderungen seien die unterschiedlichen Erwartungen der verschiedenen Nutzerinnen und Nutzer (z.B. Ruhe versus Lärm).

---

<sup>24</sup> «Lebensqualität in der Stadt Bern», S. 57f: <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>

Mit wenigen Ausnahmen seien Parks und Grünanlagen rund um die Uhr für die Bevölkerung offen, das wird geschätzt. Einschränkungen bestehen auf allen Schulanlagen, die nur ausserhalb der Unterrichtszeiten und nicht zwischen 22.00 und 06.00 Uhr genutzt werden können, was als Mangel beurteilt wird. Diese zweckgebundenen Freiräume inklusive der Spielplätze auf den Schularealen seien eine Herausforderung, weil es oft zu Nutzungskonflikten komme, insbesondere mit Jugendlichen am Abend (nach 22.00 Uhr) oder mit Familien, die am Wochenende dort ihre Feste feiern.

Verdichtetes Bauen und der Anspruch nach Ruhe im Quartier verhindere zunehmend die Möglichkeit zum Aufenthalt im öffentlichen Raum. Insbesondere Jugendliche sollen Freiräume (ideal im Stadtteil) erobern können. Es fehlen Treffpunkte für Kinder ab 10 Jahren und für Jugendliche und Orte im öffentlichen Raum, an denen sie sich aufhalten können, ohne zu stören – auch für ältere Jugendliche seien Orte zusätzlich zum Vorplatz der Reitschule wichtig.

#### → **Fachblick der BSS**

Die öffentlich zugänglichen Grünanlagen, Parks und Schulanlagen werden vermehrt genutzt und sind beliebte Freizeitorte für alle Generationen. Das Ausgeh- und Freizeitverhalten hat sich in den letzten Jahren dahingehend verändert, dass sowohl Parks und Grünanlagen als auch Spielplätze oder Schwimmbäder intensiver genutzt werden (mehr Leute, längere Aufenthaltsdauer).

#### → **Herausforderung und Umgang damit**

Eine intensivere Nutzung öffentlicher Aussenräume führt tendenziell zu mehr Konflikten, insbesondere auch wegen den Ansprüchen und Bedürfnissen der Anwohnenden in den Quartieren. Für Jugendliche und junge Erwachsene haben gerade Grünanlagen und Parks die Funktion als Treffpunkt, als «zweites Wohnzimmer» und Ausgehort. Andererseits haben Anwohnende das Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung. Vermehrt ist auch eine abnehmende Toleranz bei Störungen feststellbar. Es sollte ein noch stärkeres Gewicht auf die Vermittlung bei Nutzungskonflikten gelegt werden bzw. auf ein einvernehmliches Miteinander.

Angesichts der sich verändernden Bedürfnisse der Bevölkerung gilt es zu diskutieren, welche Reglemente und Regeln allenfalls angepasst oder aufgehoben werden könnten (beispielsweise auf Schularealen, Rasenspielfeldern oder in Freibädern, vgl. 5.2.).

## **5.2 Freibäder, Rasenspielfelder und Sportanlagen, Schulareale und Spielplätze**

#### → **Zahlen der Bevölkerungsbefragung zur Lebensqualität**

Bei der Frage nach der Wichtigkeit und Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen und Einrichtungen (Grafik 2, S.13) sagen 60% der Befragten, Sportanlagen und Schwimmbäder seien ihnen wichtig bis sehr wichtig (Note 5 oder 6). 48% sagen, sie seien (sehr) zufrieden mit diesen Angeboten (Note 5 oder 6). Die Altersgruppe der über 60-Jährigen meint öfter als die jüngeren Altersgruppen, diese Einrichtungen seien ihnen gar nicht wichtig (5%).

Auf die Frage, welche Angebote in der Stadt sie nutzen (Grafik 5, S.28), antworten 41% Sportanlagen und Schwimmbäder. Auch auf die Frage, wo sie sich im öffentlichen Raum gerne aufhalten, antworten 23% in Schwimmbädern. Die jüngeren Altersgruppen und Personen in Haushalten mit Kindern meinen dies deutlich öfter.

Auf die Frage nach den ausgeübten Aktivitäten in der Freizeit, antworten im Vergleich zu früher mehr Personen «Sport treiben» (vgl. auch 5.1.). Mindestens einmal pro Woche treiben 77% Sport (davon 44% mehrmals), insbesondere der Anteil der jüngeren Befragten ist gestiegen<sup>25</sup>.

Auf die Frage, wo sich die Befragten im öffentlichen Raum gerne aufhalten, antworten 30% der Personen, die in einem Haushalt mit Kindern leben, «auf Spielplätzen». Auch auf die Frage nach der Nutzung von Angeboten und Dienstleistungen (vgl. Grafik 5, S. 28) meinen 57% von ihnen, dass sie Spielplätze häufig nutzen, 22% selten und 19% nutzten sie nie.

#### ➔ Auswahl Ergebnisse Stadtteilkonferenzen

Man ist sich einig: Sport-, Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum und auf Sportanlagen seien der Bevölkerung wichtig und tragen zur guten Lebensqualität bei. Auch die Freibäder als attraktive, vielgenutzte Freizeitorte, seien für die Quartierbevölkerung wichtig, unabhängig davon, ob es im Stadtteil ein Schwimmbad gebe oder nicht. Gewünscht werden mehr Nutzungsmöglichkeiten in der Zwischensaison oder längere am Abend. In der Freizeit seien die knappen Öffnungszeiten der Sport- und Rasenplätze und fehlende sanitäre Anlagen ein Problem. Es brauche vor allem ein Hallenbad.

In den Stadtteilen, in denen es ein Freibad hat, wird festgehalten, dass die Schwimmbadnutzung gross und wichtig sei im Quartier, auch als Begegnungsort. Vorgeschlagen wird, dass Freiwillige aus dem Quartier mithelfen können, damit die Freibäder länger und breiter genutzt werden können (z.B. Lorrainebad am Abend, evtl. für Veranstaltungen). Wichtig sei die bedürfnisgerechte Renovation der Freibäder mit Partizipation der Quartierbevölkerung.

Gewünscht werden zudem längere Öffnungszeiten für Angebote wie «Midnightsport» und der Ausbau von offenen Turnhallen am Sonntag. Die Angebote seien gut besucht.

#### ➔ Fachblick der BSS

Die Stadt Bern ist eine Stadt für Bewegungsfreudige. Viele Angebote sind gratis oder kostengünstig. Auf Rang 1 der Beliebtheitsskala stehen die **Freibäder**, welche der Bevölkerung im Sommer als Bad, Vergnügungs- und Ruheort und in den Übergangszeiten und im Winter als Parkanlagen (Ausnahme Lorraine) zur Verfügung stehen. Dass der Besuch der Freibäder gratis ist, ist im schweizweiten Gemeindevergleich eine Rarität, die es zu erhalten gilt.

**Schulareale** der Quartierschulen sind für die Quartierbevölkerung ausserhalb der Unterrichtszeiten frei zugänglich und dienen als beliebte Aufenthalts- und Spielorte. Sie weisen einen hohen Anteil an Grünfläche auf und sind für Kinder und Erwachsene attraktiv.

Schulareale werden vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen vermehrt genutzt. Die Nutzungen sind vielfältig und in der Regel unproblematisch. Die vermehrte Nutzung als Treff- und Ausgehort bringt jedoch Probleme in Form von Littering und Lärm mit sich. Zudem verstossen Jugendliche, die auf Schulanlagen rauchen, Alkohol trinken oder sich nach 22.00 Uhr dort aufhalten gegen die Volksschulverordnung<sup>26</sup>, auch wenn sie alles aufräumen und sich ruhig verhalten.

Günstige, flexibel nutzbare **Sportangebote** fördern die Nutzung von einer breiten Bevölkerungsschicht und sind zentral für die Stärkung der Teilhabe am sozialen und sportlichen Leben:

---

<sup>25</sup> «Lebensqualität in der Stadt Bern», S. 58: <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>

<sup>26</sup> Siehe; Volksschulverordnung (VSV) BSG 432.211.1: Art. 8. und Verordnung über die Benutzung der städtischen Schulanlagen ausserhalb des ordentlichen Schulbetriebes (Anlagenbenutzungsverordnung; ABV): Art. 1 und Art. 16



- Zur freien Nutzung stehen alle Sportanlagen wie Schulrasenfelder, Sportplätze, Fussballplätze (ausserhalb von kostenpflichtigen Nutzungen durch Vereine oder Private), Schulhausplätze, Hartplätze und Leichtathletikbahnen zur Verfügung – in der Regel bis 22.00 Uhr abends.
- Entlang der Aare sowie im Bremgarten-, Könizberg- und Dählhölzliwald stehen Laufstrecken sowie sechs Allez Hopp-Träffs zur Verfügung, deren Optimierung teils in Planung ist.
- Das bereits gut bestückte Velowegnetz wird derzeit weiter ausgebaut. Gleichzeitig hat das Sportamt Massnahmen eingeleitet, um mehr Menschen, besonders auch Kindern und Jugendlichen (BackONBike), das Velofahren näher zu bringen.

Es ein grosses Anliegen, Erwachsenen sowie Kindern und Jugendlichen attraktive, leicht zugängliche und über das ganze Stadtgebiet verteilte Bewegungsangebote möglichst gratis oder kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Sehr beliebt sind die drei Hallenbäder. Auch die Kunsteisbahnen sind gut frequentiert, wobei sich das Interesse tendenziell weg vom freien Eislauf hin zum Eishockey (Kinder-, Hobby- und Club-Eishockey) verschiebt. Bei Jugendlichen im Trend sind die Rollhockeyanlage Statthalter, die Mini Pitch Anlage Bodenweid, die Pumptrack-Anlagen (Eingang Bremgartenwald und Weissenstein) sowie die Skateranlagen Weyermannhaus und auf der Schützenmatte unter dem Eisenbahnviadukt. Zwei weitere Anlagen auf dem Gaswerkareal sind in Planung.

Das Sportamt der Stadt Bern bietet zahlreiche «Bern bewegt!» KIDS-Kurse, Angebote im freiwilligen Schulsport und Sportlager oder Tageskurse während der Schulferien an. Für die Kleinsten gibt es Angebote wie OpenSunday, MiniMove, Krabbel-GYM oder CHINDaktiv, die auf die Bewegungsförderung und Integration abzielen.

#### ➔ Herausforderung und Umgang damit

Herausforderungen für die Stadt Bern im Umgang mit **Sportanlagen und Sportangeboten** sind eine Balance zwischen einem erfolgreichen Sportangebots-Mix (der Bau einer 50m-Schwimmhalle sowie der Ausbau von Rasenfeldern sind unabdingbar), der Notwendigkeit zu verdichtetem Bauen und dem Erhalt von Freiflächen zu finden. Akzentuiert werden diese Fragestellungen durch das Bevölkerungswachstum, das zu hohem und weiter steigendem Nutzungsdruck auf die Anlagen führen wird. Diese Herausforderungen sind in eine kohärente Stadtentwicklung zu integrieren, denn mit hochwertigen Freiflächen kann die Verdichtung nach innen gelingen. Gleichzeitig weisen verschiedene Anlagen wie Fussballplätze (inkl. Garderobenanlagen) einen hohen Sanierungsbedarf auf. Zur Lösungsfindung ist intensive Lobby- und Vernetzungsarbeit (auch über die Gemeindegrenze hinaus) gefragt.

Bei der Erarbeitung neuer Betriebskonzepte bei den Sportanlagen, bei grösseren Entwicklungsplanungen und Sanierungen von Sportinfrastrukturen werden interessierte Gruppen und auch die Quartierorganisationen zur Mitwirkung eingeladen.

Es besteht ein Spannungsfeld zwischen dem Bestreben der Stadt, den Schulen intakte und saubere **Schulanlagen** zur Verfügung zu stellen, und der Absicht, die Schulen als Treffpunkte und als Spielorte für die Quartierbevölkerung zur Verfügung zu stellen. Schulareale sind auch für Jugendliche beliebte und bekannte Freizeitorte, welche diese gerne auch am Abend bis in die Nacht nutzen (Nutzungskonflikte, Lärm, Sauberkeit usw.).

Durch die richterlichen Verbote auf Schulanlagen, welche einen Aufenthalt von 22.00 bis 06.00 Uhr verbieten, dürfen die Schulareale von Jugendlichen ab 22.00 Uhr offiziell nicht mehr als Treffpunkt genutzt werden. Damit werden Nutzungskonflikte im Quartier und Vandalismus-Schäden vermieden. Aus Sicht der Kinder- und Jugendförderung sollten diese richterlichen



Verbote aufgehoben werden, damit Jugendliche die Schulanlagen als Treffpunkte nutzen können. Das Anliegen soll geprüft werden. Dabei muss vor allem der Umgang mit zu erwartenden Nutzungskonflikten mit den Anwohnenden beurteilt werden. Eine Öffnung der Schulanlagen würde die nutzbare Fläche (zeitlich) vergrössern (z.B. länger am Abend).

### 5.3 Bildung im Vorschul- und Schulalter

#### ➔ Zahlen der Bevölkerungsbefragung zur Lebensqualität

Dem Thema Bildung und Weiterbildung ist im statistischen Bericht «Lebensqualität in der Stadt Bern» ein eigenes Kapitel gewidmet<sup>27</sup> – der Blick liegt in diesem auf der nachobligatorischen Bildung und den höchsten Bildungsabschlüssen der Befragten. Nachfolgend wird der Fokus auf die schulische, vorschulische und ausserschulische Bildung gelegt, welche in der BSS einen wichtigen Stellenwert hat.

#### ➔ Auswahl Ergebnisse Stadtteilkonferenzen

Die Nutzung von Bildungsangeboten – wie in Grafik 5 (S. 28) abgebildet – wirft bei den Fachleuten Fragen auf, beispielsweise, was die Befragten in der Bevölkerungsbefragung mit «Bildung» assoziiert haben. An den Stadtteilkonferenzen wird das Thema diskutiert – allerdings ausschliesslich bezogen auf die Volksschule bzw. die Bildung im Kinder- und Jugendalter – nicht unter dem Aspekt der beruflichen Bildung oder Weiterbildung.

Die Fachpersonen plädieren für ein offenes Bildungsverständnis: Lernen fürs Leben, auserschulisches Lernen, Förderung der Sozial- und Selbstkompetenzen, Lernen nach Interessen und Ressourcen. Eine Vielfalt an Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten fördere auch die Lebensqualität der Kinder. Die Angebote im ausserschulischen Bereich seien weiter zu verfolgen (Kinder-, Jugend-, Elternangebote). Dafür brauche es mehr Stellen, mehr Vernetzung auch mit den Schulen, Nutzung von Synergien und das Zusammenarbeiten auf Augenhöhe der diversen Beteiligten zur Ressourcen-Optimierung.

Festgehalten wird, dass die (Bildungs-)Angebote mehrheitlich auf Deutschsprechende fokussieren und es immer noch einen Unterschied an der Teilhabe gebe, je nach materiellen Ressourcen sowie Zugang zu Informationen. Chancengerechtigkeit sei in der Stadt (noch) nicht gegeben.

Die Einschätzung ist, dass es in der Bevölkerung ein grosses Potenzial für non formale Bildung gebe. Auch Freiwillige und Menschen in der Nachbarschaft können mehr einbezogen werden. Bildung nicht allein an die Schulen delegieren!

#### ➔ Fachblick der BSS

Die Stadt Bern ist Trägerin der Volksschule. Diese setzt sich zusammen aus 24 Schulstandorten, welche den Kindergarten, die Primar- und Sekundarstufe I beinhalten. In die Volksschulen integriert sind Tagesschulstrukturen.

Die BSS bekennt sich zu Quartierschulen und trägt damit dem Umstand Rechnung, dass der Schulweg ein wichtiges Element für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern ist. Damit die Kinder und Jugendlichen ihren Schulweg selber bestreiten können, werden Kindergärten so

---

<sup>27</sup> S. 48f: <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>

nahe wie möglich an den Wohnorten der Kinder gebaut. Je grösser die Kinder sind, desto längere Schulwege können sie zurücklegen (vgl. Kapitel 4.2.2).

Quartierschulen mit der Funktion von Quartierzentren bilden in Verbindung mit den vielfältigen Freizeitangeboten und privatem Engagement Sozialräume. Das heisst, für die Kinder und Jugendlichen entstehen in ihrem Alltag sogenannte Bildungslandschaften, die sie nutzen können und die für alle gleichermassen gut zugänglich sind (Vgl. Kapitel 6.5.).

In der Bildungsstrategie 2016 ist das Ziel formuliert, einen Pilotversuch einer Ganztagesesschule zu starten. Ein entsprechendes Projekt ist gestartet worden. Ganztagesesschulen dienen der Verbesserung der Chancengerechtigkeit und der besseren Integration. Bildung und Betreuung werden als Einheit verstanden und tragen dem ganzheitlichen Bildungsverständnis Rechnung, indem es neben der formalen Bildung im Unterricht auch die nicht-formale und die informelle Bildung gibt.

#### ➔ Herausforderung und Umgang damit

Die Stadt Bern unternimmt intensive Anstrengungen und investiert in zeitgemässen Schulraum. Die Betreuung ist im Zusammenhang mit den flächendeckenden Tagesschulstrukturen Teil der zeitgemässen Schulanlagen.

Die Schulhäuser in den Quartieren sollen vermehrt als Quartierzentren ausgestaltet werden, in denen neben dem Schulunterricht auch Begegnungsmöglichkeiten für die Quartierbevölkerung geschaffen werden.

Mehrjahrgangsunterricht – u.a. die Einführung von Basisstufen – ist eine Antwort auf die grosse Heterogenität in den Schulen.

## 5.4 Kinderbetreuung (Kita, Tagi, Tagesschule, Tageseltern)

### ➔ Zahlen der Bevölkerungsbefragung zur Lebensqualität

Auf die Frage nach der Wichtigkeit und Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen (Grafik 2, S.13) antworten 51% aller Befragten, Kinderbetreuungsangebote seien ihnen wichtig bis sehr wichtig (Note 6 oder 5). Jedoch sind nur 22% (sehr) zufrieden damit (Note 5 oder 6), 9% sind (überhaupt) nicht zufrieden (Note 1 oder 2).

Betrachtet man nur die Antworten der Personen in Haushalten mit Kindern, antworten 75%, Kinderbetreuungseinrichtungen seien ihnen sehr wichtig (58%) oder wichtig (17%). Sie sind sowohl signifikant häufiger (sehr) zufrieden (35%), als auch häufiger unzufrieden mit den Kinderbetreuungsangeboten (6% sind überhaupt nicht zufrieden (Note1), 23% eher unzufrieden (Noten 2 oder 3)) als Personen in anderen Haushalten.

Laut Befragung (Grafik 5, S. 28) nutzen 47% der Personen in Haushalten mit Kindern Kinderbetreuungsangebote häufig, 7% selten und 44% nutzen sie nie. Gegenüber den letzten Befragungen hat die Nutzung markant zugenommen von rund 31% auf 47%.

Personen in Haushalten mit Kindern sind auch gefragt worden, an welchen Orten ausserhalb von Kindergarten und Schule ihre Kinder betreut werden (Maximal 3 mögliche Antworten). Am häufigsten werden die Grosseltern genannt (36%), 33% sagen in Kitas (Tagis wird nicht gefragt), 21% in Tagesschulen, 12% von Nachbarinnen und Nachbarn, 10% von weiteren Verwandten, 5% von Tageseltern. 20% der Personen geben an, sie nehmen keine Betreuung in Anspruch.

### ➔ Auswahl Ergebnisse Stadtteilkonferenzen

Die Fachleute sind sich einig, dass es mehr (v.a. auch räumliche) Infrastrukturen brauche. Es sei nötig, in Räume und Mitarbeitende in den Bereichen Kinder und Jugendliche, Tagesschulen, Schulraum, Kitas und Tagis zu investieren.

Wegen den steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen stossen auch die ergänzenden Betreuungsangebote an ihre Grenzen (kein Platz, fehlende Räume), meinen die Fachleute. Es wird festgestellt, dass in vielen Quartieren üblicherweise beide Elternteile arbeiten. Das verfügbare Angebot an Tagesschulen und Kitas reiche somit oft nicht mehr aus.

Eine Herausforderung sehen die Fachleute darin, dass die Hemmschwelle bei vielen Familien offenbar immer noch hoch sei, Kinderbetreuung zuzulassen (auch kulturell bedingt). Deshalb sei bei den Eltern zu erfassen, was der Betreuungswunsch wäre.

Ein Lösungsansatz sei, ausserschulische und schulische Angebote besser zu vernetzen, Eltern und Kinder damit besser einzubinden. Ausserdem brauche es für einige Kinder und Familien mehr als die bestehenden Strukturen: ein massiver Beitrag an die Lebensqualität der Eltern sei eine Ganztagesstruktur für diese Kinder.

### ➔ Fachblick der BSS

Die Stadt Bern bietet eine umfassende familienergänzende Betreuung für Kinder von 0 bis 16 Jahren an. Sie ist Trägerin von Kitas, Tagis und Tagesschulen. Zudem vergünstigt sie mittels Betreuungsgutscheinen die familienergänzende Betreuung in über 60 Kitas in der ganzen Stadt und finanziert die Tagesfamilienorganisation und den vergünstigten Zugang zu Tageseltern.

Dank dem Rechtsanspruch auf die Tagesschulbetreuung und die Ferieninseln wird der Bedarf mengenmässig abgedeckt. Der Rechtsanspruch auf eine angemessene Vergünstigung mittels Betreuungsgutschein führt zudem zu einer weitgehenden Abdeckung der Bedürfnisse nach Kitaplätzen.

Die verschiedenen Betreuungsangebote stehen für unterschiedliche Bedürfnisse der in der Stadt Bern wohnenden Familien zur Verfügung. Diese verschiedenen Einrichtungen leisten einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit. Die familienergänzenden Betreuungseinrichtungen leisten auch einen Beitrag zum sozialen Ausgleich, zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit sowie zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Ein Pilotprojekt, das im August 2016 gestartet ist, soll ebenfalls gezielt die Zugänglichkeit der Kindertagesstätten für Kinder mit Behinderungen verbessern.

2015 haben rund 3'100 Kinder eine Tagesschule besucht, das sind 32% aller Schulkinder. 1'300 Kinder zwischen 0-16 Jahren sind in städtischen Kitas und Tagis betreut und 1'800 Betreuungsgutscheine (Anzahl Familien) für rund 2'200 Kinder ausgestellt worden. 74 Tageseltern haben zudem 240 Kinder betreut.

### ➔ Herausforderung und Umgang damit

Die Nachfrage nach Tagesschulstrukturen ist unvermindert hoch und die Bereitstellung der entsprechenden Infrastrukturen anspruchsvoll.

Die Nachfrage nach Ganztageschulen steigt. Es ist für Familien mit Kindern im Kindergartenalter eine Herausforderung, die familienergänzende Betreuung und den obligatorischen Kindergarten zu organisieren. Die Antwort darauf können Kindergärten sein, welche in die Kitas integriert werden. Tagis und Tagesschulen sind zwei verschiedene Angebote, welche stärker koordiniert werden können.

Das System der Betreuungsgutscheine stellt für bildungsferne Eltern eine hohe Herausforderung dar. Die administrativen Abläufe und die Kommunikation werden laufend optimiert. Mit dem E-Government-Projekt für die Betreuungsgutscheine sollen die administrativen Hürden zusätzlich reduziert werden.

## 5.5 Ferien- und Freizeitaktionen, «Fäger», Ferieninseln

### ➔ Zahlen der Bevölkerungsbefragung zur Lebensqualität

Auf die Frage nach der Nutzung von Angeboten und Dienstleistungen (Grafik 5, S. 28) antworteten 72% der befragten Personen in Haushalten mit Kindern, sie nutzen den Ferienpass «Fäger» nie, 8% häufig und 18% meinen selten. Im Vergleich zu den letzten zwei Befragungen hat die Nutzung des Angebots von über 15% auf 8% abgenommen. Nach weiteren Ferien- und Freizeitangeboten wird in der Befragung nicht gefragt.

### ➔ Auswahl Ergebnisse Stadtteilkonferenzen

Für die Betreuung während den Ferien seien die Angebote im «Fäger» wenig geeignet, meinen die Fachleute. Die Betreuungszeiten, Bring- und Abholwege stimmen für viele Familien nicht. Eine Lösung sei, einige Angebote in den Stadtteilen auf Randzeiten auszudehnen und niederschwelliger anzubieten (finanziell, räumlich, kulturell, zeitlich). Der «Fäger» solle als Angebot der «Kulturlegi» aufgenommen werden, damit Familien mit wenigen Ressourcen diese mehr nutzen.

### ➔ Fachblick der BSS

Der «Fäger»<sup>28</sup> ist die Ferien- und Freizeitaktion der Stadt Bern für Schülerinnen und Schüler. Sie erhalten von April bis Ende Jahr die Möglichkeit, stunden-, tage- oder wochenweise verschiedene Freizeitangebote kennenzulernen. Entsprechend kann nur ein Teil der Angebote als Ersatz für eine familienergänzende Betreuung genutzt werden. Aktuell sind – neben der Stadt Bern – 26 Gemeinden dem «Fäger» angeschlossen. Rund 1'600 Kinder aus Bern und 2'300 Kinder aus anderen Gemeinden nutzen jährlich das «Fägerangebot». Rund 6'400 besuchte Plätze hat der «Fäger» 2015 geboten, ähnlich viele wie in den Jahren zuvor. Die Nachfrage ist somit konstant hoch, weshalb der deutliche Rückgang bei der Nutzung des Angebots laut Bevölkerungsbefragung nicht schlüssig erklärbar ist.

Die Kosten für die «Fägerangebote» sind auf ein Maximum von 10 Franken pro Stunde festgelegt, Abweichungen müssen mit der Koordinationsstelle des «Fägers» abgesprochen werden.

**Ferieninseln**<sup>29</sup> ergänzen die Tagesschulen. Während 11 Ferienwochen können Familien ihre Kinder in den Ferieninseln betreuen lassen. Die Stadt leistet damit einen wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Eltern haben einen Rechtsanspruch auf eine Betreuung in der Ferieninsel. Das Angebot ist für die Eltern niederschwellig, dank tiefer Kosten und geringem administrativem Aufwand.

2015 haben 542 Kinder ein Ferieninselangebot besucht, deutlich weniger, als die Jahre zuvor. Hingegen hat es mit 13'910 Plätzen beim «Fäger» deutlich mehr Angebote gegeben; einerseits weil viele neue Anbietende mitgemacht haben und andererseits einige Angebote mehrfach durchgeführt worden sind.

---

<sup>28</sup> <http://www.faeger.ch>

<sup>29</sup> <http://www.bern.ch/themen/kinder-jugendliche-und-familie/kinderbetreuung/ferieninsel>

### → Herausforderung und Umgang damit

Die Tages- und Wochenangebote des «Fägers» sind über die letzten Jahre stetig ausgebaut worden. Das Bedürfnis berufstätiger Eltern, die Angebote auch als familienergänzende Betreuung zu nutzen nimmt zu. Aufgrund der Rückmeldungen der Eltern ist eine Optimierung der Anfangs- und Schlusszeiten der Tages- und Wochenangebote gemeinsam mit den Veranstaltenden zu prüfen. Massnahmen insbesondere zur Verbesserung der Zugänglichkeit für Kinder und Jugendliche sozioökonomisch benachteiligter Familien zu Angeboten des «Fägers» sind zu diskutieren.

Das Angebot der Ferieninseln berücksichtigt keine soziale Abstufung. Eine Überprüfung sozial abgestufter Tarife und damit eine Angleichung an die Tagesschulen, Kitas und Tagis ist erfolgt. Die Idee ist jedoch aufgrund des erheblichen administrativen Mehraufwands wieder fallen gelassen worden. Das Angebot ist mit dem jetzigen Elterntarif niederschwellig und für Eltern attraktiv. Aufgrund des Rechtsanspruchs für eine Ferienbetreuung muss das Angebot bei steigender Nachfrage erweitert werden.

## 5.6 Offene Kinder- und Jugendangebote

### → Zahlen der Bevölkerungsbefragung zur Lebensqualität

In der Befragung antworten 66% der Personen in Haushalten mit Kindern, dass sie – bzw. ihre Kinder – die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit nie nutzen. Deutlich häufiger verneinen dies Männer (73%) als Frauen. Häufig genutzt werden diese Angebote von 8% der Befragten (Grafik 5, S. 28).

Die Personen, die in Haushalten mit Kindern leben, sind auch gefragt worden, welche regelmässigen Freizeitangebote ihr Kind/ihre Kinder in Anspruch nimmt/nehmen (Maximal 3 mögliche Antworten). Ein Drittel der Befragten macht keine Angaben, 35% und damit am häufigsten meinen «Sportverein», 23% «Musikunterricht», 17% «Anderes» und 11% «Tanzen». «Kinder und Jugendtreffs» sowie «Geleitete Angebote auf Spielplätzen» meinen je 6% der Befragten, 5% geben «Pfadi» an.

69% der Personen in Haushalten mit Kindern antworten auf die Frage, ob sie über genügend Informationen über Freizeitangebote für ihre Kinder verfügen mit «Ja» – unabhängig davon, ob sie ein Kinderbetreuungsangebot in Anspruch nehmen oder nicht (vgl. Kapitel 6.5). 18% meinen «Nein» und 13% geben keine Antwort bzw. sagen, sie wissen es nicht.

### → Auswahl Ergebnisse Stadtteilkonferenzen

Die geringen Nutzungszahlen lösen Diskussionen aus. Die Fachleute halten fest, dass Kinder und Jugendliche die Angebote in der Regel kennen, sie seien aber nicht befragt worden sondern ihre Eltern. In der Bevölkerungsbefragung werde nach der Nutzung von «Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit (Jugend- und Kulturzentren, Kinder- und Jugendtreffs)» gefragt, wobei in der Bevölkerung und besonders bei den Kindern und Jugendlichen die Angebote kaum unter diesen Begriffen bekannt seien. Die Fachleute finden, dass bei den Eltern, die befragt worden sind, Unklarheit/Nichtwissen darüber bestehe, dass unter diesem Begriff z.B. der Schützenwegspili, das newgraffiti, der Kindertreff JoJo oder der Bronx gemeint seien. Es stelle sich auch die Frage, ob die Eltern jener Kinder und Jugendlichen, die die Angebote nutzen, an der Befragung teilgenommen haben, da viele Kinder und Jugendliche, welche die Angebote nutzen, einen Migrationshintergrund haben und viele fremdsprachige Eltern an der Bevölkerungsbefragung wahrscheinlich nicht teilgenommen haben. Zudem werden die Kinder- und Ju-

gendangebote nicht von allen Jugendlichen, sondern von einzelnen Gruppen häufig genutzt, meinen sie.

Die Jugendtreffs sollen am Abend länger offen haben. Es brauche gute und klare Rahmenbedingungen, Räume ohne Lärmemissionen (= Innenräume), die zentral gelegen seien. Bei der Nägeligasse sei die Stadt daran, ein Angebot zu schaffen, das sei gut. Es gebe in der Innenstadt Interessenskonflikte zwischen den Nutzenden.

➔ **Fachblick der BSS**

Der **Dachverband für offene Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern (DOK)**<sup>30</sup> umfasst zehn über das ganze Stadtgebiet verteilte, stationäre und mobile, von Fachpersonen geleitete Spielangebote. Die Einrichtungen sind bekannt unter ihren Eigennamen wie Chinderchübu, Kindertreff JoJo und Tscharni oder als Spielplätze Länggasse, Schützenweg und Längmuur. Die Angebote sind aus Fachsicht gut in den jeweiligen Quartieren verankert und werden von sechs Mitgliedervereinen mit viel freiwilligem Engagement unterstützt.

Zudem setzt sich DOK IMPULS (Fachstelle für quartierbezogene Spiel- und Lebensraumentwicklung) für den Spiel- und Lebensraum für Kinder ein und unterstützt Initiativen von Freiwilligen. Ergänzt werden diese Angebote durch die Grossveranstaltungen wie das Seifenkistenrennen.

Der **Trägerverein für die offene Jugendarbeit (TOJ)**<sup>31</sup> betreibt 13 Einrichtungen in der Stadt Bern, wie beispielsweise die Jugendtreffs Tscharni, Bronx oder das newgraffiti, den Jugendraum Fantasya oder das Jugendbüro Schlosstrasse. Speziell für Mädchen und junge Frauen gibt es die Moditreffs Punkt 12 und Bern West. Der TOJ begleitet die Skateranlage Beaumont sowie legale Spraywände. Zudem führt der TOJ die Fachbereiche Integration und Mädchenarbeit und unterstützt etliche jugendkulturelle Anlässe.

Im Auftrag der Stadt Bern erbringen **DOK** und **TOJ** Angebote in den Bereichen Animation und Begleitung, Information und Beratung sowie Entwicklung und Fachberatung. Im Jahr 2015 sind die Einrichtungen und Angebote des DOK über 76'000 Mal genutzt worden und im TOJ haben rund 32'760 Kontakte zwischen Jugendlichen und den Einrichtungen und Angeboten des TOJ stattgefunden.

Bei der Bevölkerungsbefragung geben nur 8% der Personen in Haushalten mit Kindern an, dass sie die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit nutzen. Die geringe Nutzung lässt sich damit erklären, dass sowohl die Kinder- wie auch die Jugendtreffs unter ihren Eigennamen bekannt sind und weniger als offene Kinder- und Jugendangebote. Zudem nutzen überproportional viele Jugendliche mit Migrationshintergrund wiederkehrend die Angebote, deren Eltern in der Befragung proportional untervertreten gewesen sind<sup>32</sup>. Weiter mag einem Teil der Eltern nicht bekannt sein, dass ihre Kinder die Jugendtreffs nutzen. Hinzu kommt, dass die Kinder- und Jugendangebote keine gleichmässige Abdeckung über das ganze Stadtgebiet bieten. Die geografische Verteilung der Kinder- und Jugendangebote, deren räumliche Reichweite sowie der Bewegungsradius von Kindern und Jugendlichen haben einen Einfluss darauf, ob die Angebote erreichbar sind.

---

<sup>30</sup> <http://www.spieleninbern.ch/>

<sup>31</sup> <https://www.toj.ch/>

<sup>32</sup> «Lebensqualität in der Stadt Bern», S. 11: <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>



**Midnight Projekte** machen Jugendlichen an Samstagabenden in Sporthallen ein sportliches Angebot – ohne vorherige Anmeldung und unter Einbezug der Jugendlichen bei der Vorbereitung und Durchführung. Gut etabliert ist beispielsweise das seit 2009 stattfindende Midnight Bern West<sup>33</sup> (im Tscharnergut). Im Zeitraum von Anfang 2015 bis März 2016 haben 37 Veranstaltungen mit insgesamt rund 2'500 Teilnehmenden stattgefunden.

Das **Jugend- und Kulturzentrum Gaskessel**<sup>34</sup> hat eine Zentrumsfunktion für Jugendliche und jugendliche Kulturschaffende aus der Stadt und Region Bern und wird wesentlich von Jugendlichen ab 16 Jahren und jungen Erwachsenen getragen. Als Vereinsmitglieder bestimmen und arbeiten sie im Zentrum und gestalten den Betrieb und das Angebot. Dieser hohe Grad an Selbstverwaltung ist in der Schweiz einzigartig. 2015 sind 125 Anlässe durchgeführt worden. Gut ein Drittel der insgesamt 29'000 Besucherinnen und Besucher waren unter 20 Jahre alt. Rund 8'000 Stunden sind ehrenamtlich geleistet worden (und 8'200 Stunden entschädigt).

#### ➔ Herausforderung und Umgang damit

Hinter den einzelnen **Spielangeboten** des DOK steht jeweils auch ein grosses freiwilliges Engagement. Nur dank diesem sind die Spielangebote in der aktuellen Form zu halten und so gut in den einzelnen Stadtteilen verankert. Mit den vorhandenen Ressourcen ist es nicht möglich, in jedem Quartier der Stadt Bern ein «stationäres» betreutes Kinderangebot zu betreiben. Dies kann durch mobile Spielangebote teilweise kompensiert werden. Die örtlich und zeitlich wechselnden mobilen Spielangebote haben allerdings den Nachteil, dass es grössere Anstrengungen braucht, die Angebote bekannt zu machen und im Quartier zu verankern.

Eine aktuell grosse Herausforderung in der **offenen Jugendarbeit** ist die Raumsituation. Insbesondere wenn sich die beiden Landeskirchen aus ihrem traditionell starken Engagement in der Jugendarbeit zurückziehen, entsteht in gewissen Quartieren eine Unterdeckung mit Jugendräumen (z.B. im Kleefeld und in Wittigkofen). Zudem entsprechen einige Jugendtreffs nicht mehr den heutigen Nutzungsbedürfnissen und müssen renoviert oder ersetzt werden. Es ist nicht einfach, geeignete Räumlichkeiten für die Jugend zu finden. Die Jugendräume stehen zudem aufgrund der zeitlichen Nutzungsmöglichkeiten von Jugendlichen und den beschränkten personellen Ressourcen der Jugendarbeit oft leer. Sinnvollerweise werden deshalb gemeinsame Nutzungen mit anderen quartierorientierten Nutzungen gesucht (Quartiertreffs, Bibliotheken, Gastroangebote etc.).

Im **Gaskessel** verursachen Anlässe für Jugendliche ab 16 Jahren (anstatt wie üblich 18 Jahren) höhere Kosten im Securitybereich und fordern ein entsprechendes Präventionskonzept (Alkohol, Drogen, Gewalt, Vandalismus und Littering), was den Aufwand für die Betreibenden vergrössert. Zudem senken die bei Anlässen ab 16 Jahren tieferen Eintrittspreise und die geringeren Bareinnahmen den Ertrag des Vereins.

Insgesamt besteht für Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren eine Angebotslücke im Nachtleben, insbesondere auch an Orten ohne Konsumzwang. Dies ist bereits im Konzept Nachtleben Bern aus dem Jahr 2013 festgehalten worden. Mit dem geplanten Jugendclub an der Nägelgasse soll ein ergänzendes Angebot zum Gaskessel geschaffen werden.

---

<sup>33</sup> <http://www.ideesportworknet.ch/de/magazine/standort/2433/reports>

<sup>34</sup> <http://gaskessel.ch.vasco.sui-inter.net/>

## 5.7 Gemeinwesenarbeit, Gemeinschaftszentren

### → Zahlen der Bevölkerungsbefragung zur Lebensqualität

In der Befragung antworten rund 69% der Bernerinnen und Berner, dass sie Quartier- und Gemeinschaftszentren nie nutzten, 6% nutzen sie häufig, 23% selten (Grafik 5, S. 28). Personen in Haushalten mit Kindern nutzen sie häufiger (13% häufig, 35% selten, 50% nie) als Personen in anderen Haushalten.

Im Vergleich zu den früheren Befragungen sagen erstmals deutlich weniger als 10% der Befragten, dass sie Gemeinschafts- und Quartierzentren nutzen, 2015 sind es fast halb so viele, wie in den Befragungen zuvor.

### → Auswahl Ergebnisse Stadtteilkonferenzen

Die geringen Nutzungszahlen werfen an den Stadtteilkonferenzen Fragen auf. In der Bevölkerungsbefragung sei bei der Frage nach der Nutzung von Gemeinschafts- und Quartierzentren nicht unterschieden worden zwischen kirchlichen Zentren, Quartiertreffs, Quartierzentren der VBG oder anderen Angeboten. Die befragten Personen können ihre Antworten auf verschiedene «Zentren» bezogen haben, somit ist eine Interpretation schwierig. In einigen Stadtteilen habe beispielsweise keine Gemeinschaftszentren der VBG.

Einige Fachleute kommen zur Einschätzung, dass ein attraktives Gemeinschaftszentrum die Lebensqualität steigern könne und private Initiativen und Vernetzung fördere. Andere meinen, es gebe wenig Bedarf Gemeinschaftszentren. Es wird auch festgehalten, dass es in den Stadtteilen diverse Räume gebe, welche die Bevölkerung nutzen könne. Eine Plattform mit Informationen zu den Räumen und eine Anpassung an die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner seien nötig. Es brauche zumindest ein virtuelles Quartierzentrum (alle Quartierinfos gesammelt). Zu klären sei auch, ob es zu wenige Räume habe oder ob diese zu wenig bekannt seien.

Festgehalten wird auch, dass die Gemeinschaftszentren der Kirche oder der VBG gezielt genutzt werden – an Anlässen, für Kurse, um Informationen zu bekommen usw. – und weniger als Treffpunkt im Sinne von «ich gehe hin und treffe eventuell jemanden». Die Zentren sprechen bestimmte Zielgruppen an, andere nicht; dies sei eine Herausforderung. Die Fachpersonen wünschen eine Förderung der mobilen Angebote (auch Quartierarbeit) und von Quartierbüros.

### → Fachblick der BSS

Die Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit (VBG)<sup>35</sup> erbringt ihre Leistungen in vier Bereichen: In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Trägervereinen betreibt die VBG die vier **Quartierzentren** Tscharnergut, Wylerhuus, Villa Stucki und Untermatt. Die Quartierzentren bieten auch Einsatzplätze für erwerbslose und sozialhilfebeziehende Personen. Die **Quartierarbeit** unterstützt Quartiere in Zusammenarbeit mit Quartierbewohnenden bei **Projekten** und Förderung von Nachbarschaften. Dazu pflegt sie sozialraumbezogene Netzwerke in den Stadtteilen und betreibt Quartierbüros. Zusätzlich engagiert sich die VBG in Projekten wie z.B. der Bildungslandschaft Bern West (vgl. Kapitel 6.5) dem Nachbarschaftsprojekt «Socius» (vgl. 6.3) oder der Quartiervernetzung für das Frühförderprogramm primano (vgl. 6.4). Die VBG unterstützt 12 **Quartiertreffs**, welche ehrenamtlich geführt werden, über einen Beitrag an die Miet- und/oder Betriebskosten. Es sind dies beispielsweise die Treffs Aaregg, Cäcilia, Hohliebi, Löchligut oder Murifeld. Die gesamten Quartierzentren und Quartiertreffs sind im 2015 rund 273'000 Mal ge-

---

<sup>35</sup> <http://www.vbgbern.ch/nc.html>



nutzt worden und insgesamt sind über 30'000 Stunden freiwilliges Engagement geleistet worden. Die VBG stellt in ihrer Statistik keinen Rückgang der Nutzungen in den Quartierzentren und -treffs fest. In den letzten Jahren hat zudem die aufsuchende Quartierarbeit an Bedeutung gewonnen.

Die vielen niederschweligen Angebote sind ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Integration beispielsweise von neuzuziehenden Personen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Die VBG engagiert sich in den Handlungsfeldern Wohnen und Nachbarschaft, Arbeits- und soziale Integration, transkulturelle Arbeit, Quartierentwicklung, Bildung und Freizeit. Dabei arbeitet sie meist mit freiwillig Engagierten aus dem Quartier zusammen. Es gilt es zu berücksichtigen, dass Freiwilligenarbeit freie Ressourcen bei Bewohnerinnen und Bewohnern im Quartier voraussetzt und es je nachdem mehr oder weniger professionelle Unterstützung braucht.

#### ➔ Herausforderung und Umgang damit

Im Rahmen der Sparmassnahmen wird auch in der BSS die Schliessung von Gemeinschaftszentren, die von den evangelisch-reformierten Kirchgemeinden geführt werden, eingehend diskutiert (vgl. 5.6). Bei einigen Zentren, wie beispielsweise dem Chleehus im Kleefeld, ist die Schliessung bereits definitiv. Die Stadt steht somit vor der Herausforderung, zu prüfen, wie dem Rückzug der Kirchgemeinden aus der Gemeinwesenarbeit und der offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen begegnet werden kann.

Die Gemeinwesenarbeit arbeitet immer wieder im Spannungsfeld zwischen Quartierbewohnenden, die sich freiwillig für ein lebendiges und urbanes Quartier engagieren und Bewohnenden, die sich Ruhe wünschen.

## 5.8 Angebote für Ältere und Menschen mit Behinderungen

#### ➔ Zahlen der Bevölkerungsbefragung zur Lebensqualität

In der Befragung antworten 91% der über 60-Jährigen, dass sie einen offenen Mittagstisch oder Mahlzeitendienst nie nutzen, 4% selten. Weiter nutzen 78% nie einen Treff für Seniorinnen und Senioren, 11% selten. Spitex-Angebote nutzen 90% der Befragten in den letzten 12 Monaten nie, 3% selten (Grafik 5, S. 28).

Ältere Personen in Einpersonen-Haushalten nutzen einen offenen Mittagstisch, Mahlzeitendienst, Seniorentreff und Spitex Angebote signifikant häufiger als Personen in Paarhaushalten.

#### ➔ Auswahl Ergebnisse Stadtteilkonferenzen

Die Fachleute halten fest, dass die geringen Nutzungszahlen stimmen können, wenn man die über 60-Jährigen befragt. Die Angebote werden in der Regel von älteren Personen über 80 genutzt. Die Grafik sehe sicher anders aus, wenn nur die über 80-Jährigen befragt werden. Dennoch stelle sich die Frage, was sich die 60-, 70- oder 80-Jährigen konkret an Angeboten wünschen. Die Bedürfnisse unterscheiden sich, der Bedarf sei zu klären und die Überprüfung der Angebote sei wichtig.

Die Fachleute halten fest, dass die Integration der Generationen zentrale Aufgaben und in den Stadtteilen zu fördern seien. Das Kennen der bestehenden Angebote sei wichtig, dafür brauche es adressatengerechte Kommunikation. Die örtliche Lage und einfache, hindernisfreie Erreichbarkeit seien auch zentral für die Nutzung und für eine gelingende Vernetzung zwischen Altersangeboten und der Bevölkerung.

Spitex-Angebote und Haushaltshilfen seien gut verankerte und etablierte Angebote – und sie werden bei Bedarf genutzt. Diese Angebote eignen sich weniger als Lösung, wenn es darum geht, dass die älteren Personen mehr Kontakte im Quartier knüpfen (sie können höchstens vermitteln).

#### → **Fachblick der BSS**

Nach dem Grundsatz «ambulant vor stationär» sollen ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen ihre Selbständigkeit so lange wie möglich bewahren und in den eigenen vier Wänden leben können. Deshalb braucht es Unterstützungsangebote, welche dies ermöglichen, wie Spitex, Mahlzeitendienste, Mittagstische, Besuchs- und Entlastungsdienste, Fahrdienste, Nachbarschaftshilfe und anderes mehr. Aus diesem Grund hat der Stadtrat zum Beispiel auch beschlossen, den Fahrdienst des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) Bern-Mittelland finanziell zu unterstützen.

Bei Mahlzeitendiensten, Mittagstischen und Spitex-Angeboten ist die Anzahl der Nutzenden allein nicht geeignet als Indikator für die Legitimierung der Notwendigkeit der Dienstleistungen. Spitex wird primär genutzt, wenn eine pflegerische Notwendigkeit besteht. Mahlzeitendienste und Mittagstische gewährleisten eine ausgewogene Ernährung, wenn nicht mehr selbst gekocht werden kann. Die Stadt Bern beteiligt sich nicht an den Kosten der befragten Angebote.

Der Fokus der Stadt muss primär bei der allgemeinen und niederschweligen Zugänglichkeit der bestehenden Regelangebote liegen. Das Ziel weiterer Angebote soll es sein, die Selbständigkeit ergänzend zu fördern. In diesem Sinne braucht es nicht primär Freizeitangebote für die Bevölkerung über 60 Jahre oder für Menschen mit Behinderungen. Vielmehr sollen sich Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen, die gemeinsame Interessen haben, begegnen können.

#### → **Herausforderung und Umgang damit**

Die Erreichbarkeit der älteren Menschen, welche Angebote nutzen können und sollen, ist eine Herausforderung. Mit zunehmendem Alter, abnehmendem Aktionsradius und der Abnahme sozialer Netze besteht die Gefahr der Vereinsamung. Informationen über die bestehenden Angebote sind daher zentral, ebenso eine enge Vernetzung der verschiedenen Unterstützungsangebote. Im Rahmen des Projektes «Socius» soll ausserdem die nachbarschaftliche Unterstützung gestärkt werden (vgl. Kapitel 6.3). Dies mit dem Ziel, dass die Bewohnerinnen und Bewohner auch im Alter sozial eingebettet sind und selbständig im Quartier leben können.

## **5.9 Fazit**

Die BSS leistet einen wichtigen Beitrag, indem sie soziale, schulische, soziokulturelle und sportliche Infrastrukturen sowie gesundheits- und integrationsfördernde Angebote und Dienstleistungen bereitstellt. Sie setzt sich für alters- und hindernisfreie Infrastrukturen ein. Die Angebote und Dienstleistungen orientieren sich an den Menschen in der Stadt Bern.

Erstmals ist in einer Bevölkerungsbefragung der öffentliche Raum thematisiert worden. Am liebsten genutzt werden Grünanlagen, Parks und der Wald als Naherholungsgebiet. Auch Strassen, Gassen und Plätze sind öffentliche Räume, in denen sich Bernerinnen und Berner gerne aufhalten. Spielplätze und Schulareale sind beliebte Orte der Kinder und Jugendlichen. Freibäder werden von allen Generationen rege genutzt. Dies zeigt, dass Orte, an denen man sich in der Freizeit frei (gratis) aufhalten kann und kein Konsumzwang besteht, beliebt sind. Nutzungskonflikte zeigen sich dort, wo verschiedene Nutzende mit unterschiedlichen Bedürf-

nissen aufeinandertreffen bzw. wo Reglemente die Nutzung einschränken (z.B. auf zweckgebundenen Freiräumen wie Schulareale und Rasenspielfelder).

Kinder und Jugendliche brauchen auch Innen- und Aussenräume, in denen sie sich bewegen und ihren Bedürfnissen entsprechend spielen und sich treffen dürfen. Sie sind, wo sinnvoll und möglich, in die Planungen von Freizeiträumen (Innen- wie Aussenräume) mit einzubeziehen. Auch brauchen sie Freiräume (ohne Konsumzwang), die sie nach ihren Wünschen nutzen und mitgestalten können.

Freizeit ist für die Bevölkerung verbunden mit der Lebensqualität. Sie hat einen hohen Stellenwert (Grafik 1, S. 11). Im Bericht «Lebensqualität in der Stadt Bern»<sup>36</sup> finden sich hierzu verschiedene Auswertungen. Zentral ist für alle Generationen, dass sie Zugang zu Freizeiteinrichtungen und Angeboten haben und diese tatsächlich nutzen können. Im Kapitel 6 wird auf die Teilhabe und Mitwirkung vertieft eingegangen. Es ist wichtig, Entwicklungen und sich verändernde Bedürfnisse der Zielgruppen, welche die Angebote nutzen bzw. nicht nutzen zu verfolgen.

Die Betreuungsangebote für Kinder- und Jugendliche sind vielfältig und die Nachfrage hoch. Der Ausbau der Kinderbetreuungs- und Ferienangebote für Kinder und Jugendliche ist in den letzten Jahren gestiegen, ebenso die Nachfrage nach Ganztageschulen. Entwicklungen zeichnen sich auch in der Öffnung der Quartierschulen als Quartier- und Begegnungsorte für eine breitere Bevölkerung ab, wie auch in der stärkeren Vernetzung der Schule mit Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche. Offene Kinder- und Jugendangebote werden von bestimmten Zielgruppen genutzt: Kindertreffs des DOK mehrheitlich von Kindern aus dem näheren Umfeld, Jugendtreffs des TOJ überproportional von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Die Nutzung der Quartierzentren und Quartiertreffs der VBG mit niederschweligen Angeboten leistet einen wichtigen Beitrag an die Integration insbesondere der Migrationsbevölkerung. Quartierarbeit wird vornehmlich in den Quartieren und mit der Bevölkerung geleistet.

Im Sinne der Inklusion ist darauf zu achten, dass städtische Angebote und Dienstleistungen nicht nur für ältere Menschen, sondern auch für Menschen mit Behinderungen zugänglich sind. Dafür braucht es eine hindernisfreie Umgebung, barrierefreie Kommunikation und individuelle Unterstützungsangebote. Die zuständigen städtischen Stellen haben dafür zu sorgen, dass bereichsspezifisches Wissen aufgebaut und den Bedürfnissen von Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen Rechnung getragen wird. Damit sich auch ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen angesprochen fühlen, sind hindernisfreie Räumlichkeiten und Veranstaltungsorte sowie der Einbezug der Zielgruppe bereits bei der Konzeption von Angeboten wichtig.

---

<sup>36</sup> S. 54ff: <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>

## 6 Teilhabe und Mitwirkung

Bernerinnen und Berner sollen ihren Lebensraum aktiv mitgestalten und damit einen Beitrag an das Zusammenleben und die Lebensqualität in der Stadt leisten können. Teilhaben am gesellschaftlichen Leben und selber etwas beitragen bedingt einerseits das Engagement der Bevölkerung und braucht andererseits Gefässe, Projekte, Innen- und Aussenräume, in denen sich dieses Engagement verwirklichen lässt. In der Lebensqualitätsbefragung zeigt sich, dass Personen, welche der Meinung sind, sie können ihre Lebensqualität beeinflussen, auch zufrieden mit ihrer Lebensqualität sind (vgl. Kapitel 3.2, S.15).

In diesem Kapitel werden zuerst ausgewählte Ergebnisse aus der Bevölkerungsbefragung zum Engagement für die Lebensqualität beschrieben. In den beiden Berichten zur Bevölkerungsbefragung und zur Lebensqualität<sup>37</sup> von Statistik Stadt Bern sind die Antworten in Grafiken abgebildet und dokumentiert, wobei der Fokus auf den politischen Mitwirkungsmöglichkeiten, der Mitarbeit im Quartier und dem persönlichen Engagement für die Lebensqualität liegt.

In einem zweiten Teil wird an ausgewählten Beispielen gezeigt, wie die soziale Teilhabe und das Engagement der Bernerinnen und Berner für eine gute Lebensqualität durch konkrete Angebote, Projekte und Veranstaltungen der BSS gestärkt werden.

### → Bevölkerungsbefragung zur Lebensqualität

In der Befragung zur Lebensqualität wird nach dem Engagement der Stadtregierung (Gemeinderat), der Stadtverwaltung, der Quartierinstitutionen (Quartierorganisation, Quartierverein, Leist) und jedes/jeder Einzelnen gefragt: «Macht die Stadtverwaltung (bzw. die Stadtregierung, die Quartierinstitution) genug, zu wenig oder sollte sie mehr machen?»<sup>38</sup>. Am meisten Zustimmung («macht genug») erhielten die Quartierinstitutionen (58%), am wenigsten die einzelne Person (28%), wobei hier am meisten der Befragten auch sagen, der/die Einzelne solle mehr machen (53%).

34% der Befragten meinen, dass sie die Lebensqualität nicht beeinflussen können, wenn sie wollen, wobei dies die über 60-Jährigen deutlich häufiger antworten als die andern Altersgruppen. 57% antworten, sie können die Lebensqualität in der Stadt Bern beeinflussen – Personen in Haushalten mit Kindern sagen dies signifikant öfter als Personen in anderen Haushalten.

Darauf sind jene Personen, die geantwortet haben, sie können die Lebensqualität beeinflussen, weiter gefragt worden, wie sie diese beeinflussen können (Maximal 3 mögliche Antworten). 58% antworten durch Abstimmen und 39% bei Wahlen. 48% meinen durch die Mitarbeit in Quartierinstitutionen, wobei dies Personen in Haushalten mit Kindern deutlich öfters sagen als Personen in anderen Haushalten. 27% sagen auch «Anderes», was darauf hinweist, dass es weitere Möglichkeiten gibt, sich für eine gute Lebensqualität zu engagieren.

---

<sup>37</sup> «Bevölkerungsbefragung 2015 Erste Ergebnisse»; S. 18f; und «Lebensqualität in der Stadt Bern», S. 62f: <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen/kurzberichte>

<sup>38</sup> bzw. «Macht jede einzelne Person in der Stadt genug, zu wenig oder sollte er/sie mehr machen?»

### ➔ Auswahl Ergebnisse Stadtteilkonferenzen

An den Stadtteilkonferenzen werden das Engagement für die Lebensqualität und die Einflussmöglichkeiten des/der Einzelnen diskutiert. Gefragt ist auch die Einschätzung der Fachleute, wie sich Menschen in ihrer Institution engagieren können bzw. was sie als Fachleute selber beitragen können, damit sich die Bevölkerung angesprochen fühlt und mitwirken kann.

Es gebe viele Mitwirkungsmöglichkeiten in den Stadtteilen, wie die Quartierorganisationen, Leiste, Quartierzentren und Treffs, Sportvereine, Gefässe in den Schulen, in den Kirchengemeinden, in Pflegeheimen, in karitativen oder Umweltorganisationen, Angebote und Mitmachmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, usw. in denen sich die Bevölkerung engagieren kann und welche die Lebensqualität positiv beeinflussen.

In den Stadtteilen seien die Quartierorganisationen gut vernetzt mit den Quartierleuten und den Organisationen aus dem Stadtteil. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung seien in den Quartierorganisationen noch zu stärken. Umgekehrt sei das Interesse der Quartierorganisationen an einer guten Verankerung im Stadtteil vorhanden.

Die Meinungen darüber, wie sich jeder/jede Einzelne engagiere, gehen auseinander: Viele Organisationen oder Vereine, wie auch die vereinigten Altstadtleute, haben viele Mitglieder und somit viel Potenzial für freiwilliges Engagement. Andere Trägerschaften haben Mühe, Leute zu finden, die sich besonders über längere Zeit hinweg freiwillig oder ehrenamtlich engagieren.

Vorgeschlagen wird, dass sich die Institutionen überlegen, ob sie Treffpunkte / Treffmöglichkeiten schaffen können, wo Menschen sich begegnen und Initiativen und Ideen kreieren können. Mehrfach genannt wird die Forderung nach einem Quartierbüro, in dem Angebote und das Freiwilligenengagement vernetzt und koordiniert werden können.

Voraussetzung für persönliches Engagement seien eine Identifikation und eine Verbundenheit mit dem Quartier und ausserdem eine Willkommenskultur für Neuzuziehende. Die Teilhabe werde gestärkt durch eine gute Information über die Stadt und den Stadtteil sowie das Kennen der Mitwirkungsmöglichkeiten. Menschen engagieren sich eher, wenn ein aktuelles Thema anstehe, das sie berühre (z.B. gebe es ein grosses Engagement für die Asylsuchenden im Zieglerhospital und in der Alten Feuerwehr Viktoria). Einzelne meinen, bei ihnen funktioniere die Hilfe bei Festen und an Anlässen (von Kirchen, Schulen oder in Quartiertreffs), an denen man sich begegnen und zusammen etwas erleben könne und wofür alle einen Beitrag leisten können.

### ➔ Herausforderungen, die an den Stadtteilkonferenzen genannt worden sind

Eine hohe Zufriedenheit mit der eigenen Lebensqualität mobilisiere möglicherweise weniger Personen, sich für eigene Anliegen und solche aus dem Quartier einzusetzen – der Leidensdruck sei nicht da.

In Quartieren mit vielen Bewohnerinnen und Bewohnern, die z.B. nur einen temporären, zeitlich begrenzten Wohnsitz in der Stadt haben, fehle das Engagement eher (z.B. bei Studierenden und Menschen in anderen Ausbildungen), so auch bei Menschen mit anderen Identifikationsthemen als der Quartierzugehörigkeit.

Menschen mit Behinderungen stossen auf kommunikative Hürden, weil Informationsangebote nicht barrierefrei seien – der Zugang zu Informationen sei Voraussetzung für die Teilhabe.

Als weitere Gründe für fehlendes Mitwirken werden genannt: fehlende zeitliche Ressourcen, geringes Interesse an Quartier- oder Vereinsanliegen, die Angebote oder die Art der Mitwirkungsmöglichkeiten passe den Menschen nicht oder die Funktionsweise des Gemeinwesens

sei ihnen nicht bekannt (Initiativen eingeben, politische Vorstösse). Weiter werden auch nicht adressatengerechte Informationen, die mangelnde Zugänglichkeit oder Schwellenängste genannt. Insbesondere haben sozioökonomisch benachteiligte Personen und ein Teil der Migrantinnen und Migranten zu wenig Ressourcen (Informationen, Sprache, Finanzen). Das Engagement von Migrantinnen und Migranten sei für die Fachleute in den Stadtteilen oft weniger einsehbar, es finde eher an Begegnungsorten wie in Quartierläden, in Klubs, an Festen und Veranstaltungen im eigenen Kulturkreis statt. Mehr Kulturaustausch, und das Einbeziehen anderer Kulturen seien sinnvoll. Das könne aktiv von den Organisationen in den Quartieren gefördert werden.

## 6.1 Kinder- und Jugendparlament, Ansprechperson im Quartier

Das Reglement über die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen ist seit gut zehn Jahren in Kraft. Darin sind die Mitwirkung des Kinderparlaments, die Ansprechpersonen für Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen und seit 2015 auch ein städtisches Jugendparlament festgehalten. Kinder und Jugendliche haben somit die Möglichkeit, sich politisch zu engagieren.

### **KiPa – Kinderparlament Stadt Bern<sup>39</sup>**

Im KiPa haben Kinder seit über zehn Jahren die Möglichkeit, Ideen einzubringen und mitzuentcheiden, wenn es um ihre Anliegen geht. 2015 haben drei Sessions stattgefunden. Die 144 Mitglieder des KiPa's haben beispielsweise dank des Postulats «Längere Grünphasen bei Verkehrsampeln» an den Gemeinderat erreicht, dass verschiedene Kreuzungen von der Verkehrsplanung auf Verbesserungsmöglichkeiten überprüft und die Grünphasen verlängert worden sind. Dies kommt – wie von den Kindern gewünscht – auch älteren Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zugute. Weitere Anliegen aus dem KiPa betreffen diverse Spielplätze, Spielangebote und -geräte oder die Einrichtung eines Pausenkiosks in der Schule.

#### ➔ Herausforderung und Umgang damit

Kinder verfügen über weniger Möglichkeiten, ihre Anliegen bei Widerständen oder im Konfliktfall selbständig durchzusetzen. In solchen Fällen können sie sich von der Fachstelle KINDERBÜRO des Jugendamtes beraten lassen. Von diesem bekommt das KiPa auch Unterstützung bei der Vermittlung seiner Anliegen bei den zuständigen Verwaltungsstellen. Dadurch lernen die Kinder die Umsetzbarkeit realistisch einschätzen. Umgekehrt werden die Verwaltungsstellen für die Bedeutung und Dringlichkeit der Kinderanliegen sensibilisiert.

### **Jupa – Jugendparlament Stadt Bern<sup>40</sup>**

Seit Oktober 2015 können sich Jugendliche und junge Erwachsene von 14 bis 21 Jahren mit Wohnsitz in der Stadt Bern im Jupa engagieren. Mitglieder des Jupas können mittels der Jugendmitwirkungsrechte ihre Stimme hörbar machen und sich für weitere Jugendliche/junge Erwachsene einsetzen. Schwerpunkte sind die Mitwirkung bei Spielplatzgestaltungen und die Mitgestaltung öffentlicher Räume.

#### ➔ Herausforderung und Umgang damit

Die ersten Erfahrungen im Jupa zeigen, dass es für die Jugendlichen eine grosse Herausforderung ist, genügend Ressourcen zu haben, um sich in politischen Diskussionen oder gegenüber

---

<sup>39</sup> <http://www.bern.ch/themen/kinder-jugendliche-und-familie/kinderburo-bern-und-kinderparlament-kipa>

<sup>40</sup> <http://www.jupabern.ch>

Verwaltungsstellen einzubringen und selber Projekte zu lancieren, ohne sich in zu vielen Geschäften zu verlieren.

### **Ansprechpersonen für Kinder- und Jugendanliegen in den Stadtteilen**

In den Stadtteilen nimmt je eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter von DOK oder TOJ die Funktion einer Ansprechperson für Anliegen der Kinder und Jugendlichen wahr. Dies ist die einzige stadtteilorientierte Mitwirkungsform für Kinder und Jugendliche in ihrem konkreten Lebensraum. In der Innenstadt übernimmt eine Mitarbeiterin/ein Mitarbeiter des Jugendamtes diese Funktion und stellt gleichzeitig die Koordination unter den Ansprechpersonen sicher.

#### **➔ Herausforderung und Umgang damit**

Eine einzige Ansprechperson für einen Stadtteil genügt nicht, da es nicht möglich ist, dass viele Kinder und Jugendliche diese Person kennen. Ein Ausbau der Funktion auf mehrere Personen für einen Stadtteil wäre in Zukunft wünschenswert.

## **6.2 Forum 60plus**

Seit 2003 findet alle zwei Jahre das ganztägige Altersforum für die ältere Bevölkerung und für Fachpersonen, die im Bereich Alter tätig sind, statt. Es heisst ab 2016 neu «Forum 60plus»<sup>41</sup>. Rund 300 Personen nehmen jeweils teil. Ziel des Anlasses ist, die Teilnehmenden zu altersrelevanten Themen zu informieren und mit ihnen in Workshops ihre Bedürfnisse und Anliegen zu diskutieren. Der Anlass wird unter Einbezug verschiedener Altersorganisationen und -institutionen organisiert und durchgeführt.

In den vergangenen sieben Veranstaltungen sind die Themengebiete Wohnen, Gesundheit & Sexualität im Alter, Technologie inkl. Mobilität, Freiwilligenarbeit, Finanzen & Recht, Generationen, Migration sowie Angehörigenunterstützung/-pflege bearbeitet worden. Mündliche wie auch schriftliche Rückmeldungen zeigen, dass die Teilnehmenden durch die Referate und Workshops angeregt werden, sich mit Themen rund um das Alter auch längerfristig auseinanderzusetzen.

## **6.3 Socius – zuhause in der Nachbarschaft**

Das Projekt «Socius» ist gestartet: Im Rahmen einer dreijährigen Projektphase werden bis 2018 in zwei Teilprojekten (Siehe 6.3.1 und 6.3.2) verschiedene Methoden geprüft, wie die Nachbarschaftshilfe, die sozialräumliche Freiwilligenarbeit und die quaternahe Versorgung mit Unterstützungs- und Entlastungsangeboten gestärkt werden können. Ziele des Projekts sind:

- der längere Verbleib älterer Menschen in der eigenen Wohnung und der Erhalt von Selbstständigkeit für Menschen mit einer chronischen Erkrankung oder mit Behinderungen
- Entlastung von Alleinerziehenden und Migrationsfamilien
- Entlastung im Fall einer akuten Krankheit oder eines Unfalls
- sich Kennen(lernen) zur Förderung der Teilhabe, der Quartierverbundenheit und zum Verhindern von Einsamkeit – insbesondere im Alter
- die Nutzung der Ressourcen der älteren Bevölkerung in der nachberuflichen Phase

---

<sup>41</sup> <http://www.bern.ch/themen/gesundheit-alter-und-soziales/alter-und-pensionierung/aktuell>



Trägerschaften des Projektes sind das städtische Alters- und Versicherungsamt (AVA) sowie die Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit (VBG). Das Projekt wird von der Schweizerischen Agestiftung finanziell unterstützt.

### 6.3.1 Teilprojekt «Nachbarschaft Bern» (nachbarschaft-bern.ch)<sup>42</sup>

Das Kompetenzzentrum Alter der Stadt Bern führt dieses Teilprojekt gemeinsam mit quartier-nahen Partnerorganisationen im Stadtteil III durch. Die Idee ist, Menschen, die Unterstützung brauchen, und solche, die diese leisten können, zusammenzubringen und Hilfesuchende an bestehende Unterstützungs- und Hilfsangebote zu vermitteln. Zu diesem Zweck wird gemeinsam mit Partnerorganisationen aus dem Quartier eine Vermittlungsstelle (telefonisch, per Internet und räumlich) aufgebaut.

### 6.3.2 Teilprojekt «Quartierverbundenheit»<sup>43</sup>

Im Rahmen dieses Teilprojektes wird untersucht, welche Interventionen sich seitens der Quartierarbeit eignen, um den nachbarschaftlichen Zusammenhalt und die Quartierverbundenheit zu fördern, damit sich gegenseitige Unterstützung entwickeln kann. Zu diesem Zweck führt die Quartierarbeit Interventionen in ausgewählten Quartieren durch (bisher Stöckacker, Aaregg, Weidmatt und Gäbelbach).

#### ➔ Herausforderung und Umgang damit

Die Zusammenarbeit, Vernetzung und Koordination zwischen den zahlreichen Organisationen, die Unterstützungs- und Entlastungsangebote für die Quartierbevölkerung anbieten, ist ein bedeutender Erfolgsfaktor. Nur bei enger Zusammenarbeit kann eine optimale Vermittlung zu den richtigen Angeboten gelingen. Die Zusammenarbeit mit Pro Senectute, mit dem Schweizerischem Roten Kreuz Bern-Mittelland, mit Spitex Bern, Benevol Bern, der reformierten und der katholischen Gesamtkirche und anderen ist erfolgreich aufgebaut worden und wird nun erprobt.

Eine weitere Herausforderung ist die Erreichbarkeit von Menschen, die aufgrund von Mobilitätseinschränkungen, psychischen Problemen oder aus anderen Gründen die Wohnung nicht mehr verlassen (können) und zu vereinsamen drohen. Durch Sensibilisierung soll die Quartierbevölkerung dazu angehalten werden, aktiv auf Nachbarinnen und Nachbarn zuzugehen. Ausserdem sollen Mitarbeitende von ambulanten Pflege- und Unterstützungsangeboten eine Multiplikatorenfunktion ausüben und ihre Kundschaft auf quartiernahe Hol- und Bringangebote aufmerksam machen und sie animieren, diese auch in Anspruch zu nehmen.

## 6.4 primano: Frühförderung konkret

Das Frühförderungsangebot primano<sup>44</sup>, das seit 2013 zum Regelangbot der Stadt Bern gehört, hat zum Ziel, Kindern die nötige Förderung im Kleinkindalter zukommen zu lassen, damit sie einen guten Schulstart und faire Bildungschancen haben und um die Eltern zu stärken. Dabei sollen alle Kinder profitieren können. Die Bedürfnisse von sozioökonomisch benachteiligten

---

<sup>42</sup> <http://nachbarschaft-bern.ch/>

<sup>43</sup> <http://www.bern.ch/themen/gesundheit-alter-und-soziales/alter-und-pensionierung/nachbarschaftshilfe>

<sup>44</sup> [www.primano.ch](http://www.primano.ch)



Kindern mit hohem Förderbedarf sind dabei speziell zu berücksichtigen. Die Teilnahme an den vielfältigen von verschiedenen Trägerschaften organisierten Angeboten der frühen Förderung ist freiwillig.

Für Eltern ist es nicht immer einfach, sich zu orientieren, das passende Angebot für ihr Kind zu finden und es rechtzeitig dafür anzumelden. Das gilt besonders für Familien, die wenig am gesellschaftlichen Leben im Quartier teilhaben können oder stark mit der Bewältigung belastender Probleme (wie Erwerbslosigkeit, Armut, Sorge um Angehörige in der Heimat) konfrontiert sind. Alle Stadtteile, mit Ausnahme des Stadtteils I (aufgrund der kleinen Kinderzahl), verfügen über eine primano Quartierkoordinationsstelle, welche mit aufsuchender Informationsarbeit und konkreten Hilfestellungen bei Anmeldeverfahren für die am meisten benachteiligten Familien und Kinder den Zugang zu bedarfsgerechter Frühförderung sicherstellt. Sie dient als Anlaufstelle für Eltern und stellt die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure sicher (zwischen Spielgruppen, Mütter-/Väterberatung, Kinderbetreuung, Quartiertreff, Eltern-Kind-Treff usw.).

Mit dem Hausbesuchsprogramm «schritt:weise» stehen in der Stadt Bern jährlich 80 Programmplätze zur Verfügung. Es unterstützt Eltern aktiv in der Erziehung ihrer Kinder. Regelmässige Hausbesuche und Gruppentreffen eröffnen den Eltern und ihren 1,5- bis 2-jährigen Kindern viele Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten. Im Anschluss an das Programm und bis zum Kindergarteneintritt besuchen die Kinder eine Spielgruppe oder Kita.

Positiv ist, dass der Anteil der Kinder, welche kein Frühförderangebot vor dem Kindergarten besucht haben, seit 2011 deutlich gesenkt werden konnte. Dank primano konnte insbesondere der Anteil bei jenen Kindern gesenkt werden, deren Eltern über keine nachobligatorische Schulbildung verfügen (Ungelernte) wie auch bei jenen, die eine Berufslehre absolviert haben.

#### ➔ Herausforderung und Umgang damit

Das Erreichen der sozioökonomisch benachteiligten Familien bildet in der frühen Förderung eine kontinuierliche Herausforderung. Einige Jahre Erfahrung mit primano machen deutlich, wie wichtig in diesem Zusammenhang eine gute Vernetzung und eine verlässliche Zusammenarbeit der Akteurinnen und Akteure des Frühbereichs sind.

Die primano-Quartierkoordinatorinnen (je nach Stadtteil Mitarbeiterinnen der VBG, der Kirchgemeinden oder des Mütterzentrums Bern-West) bauen im jeweiligen Stadtteil das Netzwerk Frühförderung auf und laden Fachpersonen zu runden Tischen – sogenannten primano-Plattformen – ein. Sie erreichen mit aufsuchender Informationsarbeit an gewissen Brennpunkten im Quartier neue Eltern und dienen diesen als Anlaufstelle zu verschiedensten Fragen im Zusammenhang mit Förderangeboten im Quartier.

Mittelfristig muss sich der Erfolg der primano-Vernetzung so niederschlagen, dass im Stadtteil immer weniger Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Zielgruppen ohne vorherigen Besuch eines Frühförderangebotes in den Kindergarten eintreten. Die Abnahme des Anteils Kinder ohne besuchtes Frühförderangebot vor dem Kindergarten darf als Hinweis auf die Wirksamkeit der Quartiervernetzung gewertet werden.

## 6.5 «Futura» Bildungslandschaft Bern West

Die Stadt Bern geht von einem weit gefassten Bildungsverständnis aus, das neben der formalen Bildung in der Schule auch die nicht-formale und die informelle Bildung beinhaltet. Kinder und Jugendliche lernen neben der Schule auch bei ihren Freizeitaktivitäten und beim freien Spielen.

Gemäss der Bevölkerungsbefragung 2015 besuchen 45% der Kinder und Jugendlichen aus bildungsfernen Familien kein Freizeitangebot regelmässig. Bei den Kindern aus bildungsnahen Familien sind es nur 31%. Gemäss den Daten 2014/2015 aus der schulärztlichen Untersuchung von Schülerinnen und Schülern der 4. Klasse ist das Verhältnis gar 40% zu 20%. In der Bevölkerungsbefragung sagen 74% der Personen in Haushalten mit Kindern und mit einer hohen Bildung, dass sie über genügend Informationen zu den Freizeitangeboten ihrer Kinder verfügen. Bei den Personen mit einem tiefen Bildungsabschluss sind es nur 44%. Die Verbesserung des Zugangs zu den Angeboten ist ein wichtiges Anliegen, da es einen Beitrag zur gesunden Entwicklung der Kinder und Jugendlichen und zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit leisten kann. Lernorte im Quartier sollen systematisch vernetzt und den Kindern zugänglich gemacht werden.

Die Stadt Bern hat das Pilotprojekt «Bildungslandschaft Bern West»<sup>45</sup>, auch «Futura» genannt, gestartet. Es ist ein gemeinsames Projekt der BSS und der VBG mit einer Pilotlaufzeit von 2015-2018 und eines von 22 Pilotprojekten von Bildungslandschaften Schweiz, einem Programm der Jacobs Foundation. «Futura» konzentriert sich auf die Quartiere Untermatt, Stöckacker und Schwabgut. Viele Familien mit Migrationshintergrund und sozial benachteiligte Kinder in diesen Quartieren leben isoliert und sind schwer zu erreichen. «Futura» will den Kindern und Jugendlichen einen besseren Zugang zu den schulischen und ausserschulischen Angeboten im Quartier bieten. Das Projekt umfasst ein Netzwerk rund um Kinder von 4 bis 16 Jahren. Familien, Schule, Tagesschule, Elternrat, Jugendarbeit, der Quartierleist, das lokale Gewerbe, die Quartierarbeit sowie weitere Akteurinnen und Akteure sollen sich vernetzen, um gemeinsam die Bildung der Kinder zu fördern. Wichtig ist auch, Eltern, Grosseltern sowie weitere erziehende Personen aktiv einzubeziehen.

Die Beteiligten haben in einem partizipativen Prozess die Bedürfnisse der Kinder und ihrer Bezugspersonen im Quartier ermittelt und daraus Themen bestimmt, die im weiteren Verlauf in Arbeitsgruppen bearbeitet werden. Es sind dies beispielsweise die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule, ein Elterncafé zum Austausch zwischen Eltern, Lehrpersonen interkulturellen Vermittlerinnen und Vermittlern und weiteren interessierten Personen, die Vereinfachung des Zugangs zu Vereinen – wie Sportvereinen, Pfadi, Jugendtreffs – und eine Verknüpfung dieser Freizeitangebote mit der Schule oder die Förderung des selbstorganisierten Lernens für Kinder.

### ➔ Herausforderung und Umgang damit

Die Evaluation des Pilotprojekts wird zeigen, ob die Chancengerechtigkeit dahingehend verbessert werden kann, dass die Kinder und Jugendlichen einen besseren Zugang zu den Bildungs- und Freizeitangeboten haben und zur Eigeninitiative angeregt werden. Bei erfolgreicher Evaluation sollen in weiteren Sozialräumen solche Vernetzungs- und Zusammenarbeitsmodelle aufgebaut werden.

---

<sup>45</sup> [www.futura.ch](http://www.futura.ch)

## 6.6 Schulhaus-Znüni

Das Schulhaus-Znüni<sup>46</sup> mit Elternmitwirkung für die 1.-6. Klassen ist mehr als ein Ernährungsangebot. Es geht auch darum, Gemeinschaft zu erleben, Traditionen weiterzugeben oder Rituale zu pflegen, die besonders für Kinder wichtig sind. Es zeigt exemplarisch, wie Partizipation und Teilhabe im Alltag gelebt und gepflegt werden. Eine Gruppe von Eltern bereitet regelmässig ein ausgewogenes Znüni für das ganze Schulhaus vor. Je nach Möglichkeit der Schulen werden ab und zu auch die Schülerinnen und Schüler in die Vorbereitungen mit einbezogen.

Die Ziele dieses niederschweligen Angebots sind vielfältig: Das Schulhaus-Znüni bietet einen ungezwungenen Austausch und wird zum Begegnungsort für Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrpersonen. Dadurch wird das Vertrauen zwischen Schule und Elternhaus gestärkt. Die Eltern werden als wichtigste Kooperationspartner der Schule und zentrale Bezugspersonen ihrer Kinder aktiv in den Lern- und Lebensort Schule miteinbezogen. Durch die Mithilfe beim Schulhaus-Znüni können sie ihre Ressourcen einbringen, unabhängig von Sprache, Kultur und Religion, und leisten einen Beitrag für ein gutes Schulklima. Gleichzeitig öffnet sich die Institution Schule und fördert eine Willkommenskultur.

In den Schulen Wittigkofen (110 Kinder), Stöckacker (100 Kinder), Kleefeld (230 Kinder) und Bethlehemacker (250 Kinder) ist das Schulhaus-Znüni mittlerweile ein fester Bestandteil der Schulhauskultur. Das Angebot ist erfolgreich evaluiert worden und weitere Schulstandorte kommen laufend hinzu.

## 6.7 «OpenSunday»

Sich bewegen und Sport treiben haben einen direkten Zusammenhang zur persönlichen Gesundheit und somit zur persönlichen Lebensqualität. Überdies sind Angebote von Sportvereinen und gemeinsames Sporttreiben wichtige Faktoren der ausserschulischen Bildung und Integration. Kinder bewegen sich gerne und sind körperlich aktiv – sofern sie die Möglichkeit dazu haben. Damit während der Schulzeit Bewegung und Sport gewährleistet sind, werden im schulischen Kontext aktuell sehr viele Bewegungs- und Ernährungsprogramme initiiert.

Im ausserschulischen Bereich bietet das Sportamt eine breite Palette an Kursen und Lagern an. Das Programm «OpenSunday»<sup>47</sup> setzt auf die spontane Bewegungsförderung ausserhalb des Schulsports und von Kursangeboten. Zielgruppe sind Kinder zwischen 7 und 12 Jahren. Im Winterhalbjahr sollen die Kinder ohne Begleitung der Eltern die Möglichkeit haben, in Turnhallen miteinander Zeit zu verbringen. Die Teilnahme ist gratis und eine Anmeldung nicht nötig. Für ein abwechslungsreiches Bewegungsprogramm ist gesorgt. Angeleitet und betreut werden die Kinder durch Jugendliche (Juniorcoachs) und Erwachsene (Projektleitende, Seniorcoachs). Dabei stehen Gesundheitsförderung und Integration im Fokus. Eine gesunde Zwischenverpflegung wird gratis abgegeben.

Derzeit gibt es in der Stadt Bern drei Angebote: «OpenSunday» Bern Ost (Turnhalle Manuel), «OpenSunday» Bern Rossfeld (Turnhalle Rossfeld) und «OpenSunday» Bern West (Turnhalle Schwabgut).

---

<sup>46</sup> <http://www.bern.ch/themen/gesundheit-alter-und-soziales/gesundheit-in-der-schule/gesundheitsforderung-in-der-schule/schulhaus-znueni>

<sup>47</sup> <https://www.sportamt-bern.ch/angebote/sportangebote/opensunday/>

### ➔ Herausforderung und Umgang damit

Die Teilhabe und Mitwirkung an Sportangeboten steht und fällt mit der Bereitschaft der jeweiligen Zielgruppen, sich auf die Angebote (über einen bestimmten Zeitraum hinweg) einzulassen und diese mitzutragen. Gerade bei Angeboten für kleine Kinder wie bspw. «MiniMove» ist das Mitwirken der Eltern (begleiten, ermutigen, motivieren und selber mitmachen) unabdingbar, damit sich der gewünschte Erfolg einstellen kann. Eine wiederkehrende Herausforderung ist es, die gewünschten Zielgruppen zu erreichen und zum Mitmachen zu begeistern.

Es gibt auch Beispiele, bei denen Angebot und Nachfrage innert kurzer Zeit ideal korrespondieren. Ein relativ junges Angebot, das «Berne Frauenbad», hat sich erfreulich entwickelt und wird rege genutzt.

## 6.8 «Gemeinsam in die Zukunft»

Das Angebot<sup>48</sup> richtet sich an Personen mit Migrationshintergrund aus der Stadt Bern, welche bereits Beziehungen zu älteren Menschen aus ihrem Herkunftsland oder mit derselben Muttersprache pflegen und mit diesen Personen Gesprächsrunden zu spezifischen Altersthemen führen möchten. Den interessierten Personen aus Bern (sowie weiteren aus Biel und Langenthal) bietet das Schweizerische Rote Kreuz – unter Einbezug von weiteren Fachinstitutionen – im Auftrag der kantonalen Erziehungsdirektion eine Ausbildung an. In dieser lernen die Migrantinnen und Migranten, Gesprächsrunden zu Themen wie Sozialversicherungen, Gesundheit, Lebensalltag und altersspezifischen Fragen zu moderieren. Sie lernen die lokalen Anlauf- und Beratungsstellen kennen, um die Teilnehmenden der Gesprächsrunden auf diese Angebote hinweisen zu können. Später können die Moderatorinnen und Moderatoren jährlich vier Weiterbildungsmodulare besuchen zu Themen wie Spitex-Angebote, Depression im Alter, Demenz, Bestattungsmöglichkeiten in Bern oder zur Rückführung von Verstorbenen ins Heimatland. Für die Durchführung erhalten die Moderatorinnen und Moderatoren ein kleines Honorar sowie eine Spesenentschädigung für die Raummiete und die Verpflegung der Teilnehmenden.

Seit der Durchführung des ersten Grundkurses im 2014 konnten für die Stadt Bern 17 Personen ausgebildet werden. Diese haben in den vergangenen zwei Jahren 29 Tischrunden durchgeführt, an denen jeweils zwischen 5 bis 17 Personen teilgenommen haben.

### ➔ Herausforderung und Umgang damit

Die Erfahrungen zeigen, dass sich die berufliche und private Situation der Moderatorinnen und Moderatoren schnell ändern kann, so dass ihnen kaum Zeit für die Durchführung der Gesprächsrunden bleibt oder sie bereits wieder aufhören mussten. Zudem sind sie verstärkt darauf zu sensibilisieren, die Teilnehmenden bei komplexen Fragestellungen und Anliegen frühzeitig an die zuständigen Fachstellen zu verweisen und nicht selber beraten zu wollen.

---

<sup>48</sup> <http://www.bern.ch/themen/gesundheit-alter-und-soziales/alter-und-pensionierung/alter-migration/gemeinsam-in-die-zukunft>

## 6.9 Mitsprache der Migrationsbevölkerung

Ende 2015 leben rund 34'600 Ausländerinnen und Ausländer in der Stadt Bern. Ihr Anteil an der gesamten Wohnbevölkerung beträgt 24,6%. Rund ein Viertel der städtischen Bevölkerung ist damit von der formalen politischen Mitsprache (Stimm- und Wahlrecht) ausgeschlossen. Fehlende Zugehörigkeit und Mitsprache sind hinderlich für eine erfolgreiche Integration und mindern die Lebensqualität der Betroffenen.

In der Stadt Bern gibt es verschiedenen Anstrengungen, die Mitsprache und Mitwirkung auf städtischer Ebene – unabhängig vom Staatsbürgerrecht und von der Herkunft – zu erleichtern und entsprechende Plattformen zu bieten, zu erweitern oder, wenn nötig und wo möglich, neue zu schaffen:

- Seit 2002 haben Migrantinnen und Migranten am jährlich stattfindenden Forum der Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern<sup>49</sup> die Möglichkeit, ihre integrationspolitischen Anliegen zu diskutieren und festzuhalten. Das Forum ist eine Plattform für die städtische Migrationsbevölkerung, um sich zu jeweils aktuellen Themen wie Wohnen, Schule oder Medien zu äussern. Es ermöglicht gleichzeitig den Austausch mit den im jeweiligen Themenfeld tätigen Fachleuten und Verantwortlichen der Institutionen.
- Die Fachkommission für Integration<sup>50</sup> berät das Kompetenzzentrum Integration. Sie setzt sich zusammen aus verwaltungsexternen Personen – insbesondere aus der Migrationsbevölkerung – mit Fachkenntnissen im Integrationsbereich. Die Fachkommission bringt Fachwissen und Praxiserfahrung von Migrantinnen und Migranten ein und pflegt Kontakte zu Organisationen der Migrationsbevölkerung. Sie wirkt bei integrationspolitischen Geschäften beratend mit und kann zuhanden der Behörden Anträge stellen.
- Ende 2016 wird die Partizipationsmotion in Kraft treten, welche ein neues Instrument zur politischen Mitsprache von Ausländerinnen und Ausländern beinhaltet. Es handelt sich dabei um ein Antragsrecht auf städtischer Ebene. Es ersetzt das auf kantonaler Ebene abgelehnte Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer nicht, sondern ist ein Schritt, um die Möglichkeiten der politischen Mitwirkung von Personen ohne Schweizer Pass auf lokaler Ebene zu erweitern.

## 6.10 Zwischennutzungen am Beispiel KVA Warmbächli

Das Areal der ehemaligen Kehrrechtverbrennungsanlage steht dem Quartier und Interessierten seit Frühsommer 2016 als Brache bis 2018 zur Zwischennutzung zur Verfügung. Die Quartierarbeit der VBG hat sich bei der Stadtverwaltung dafür eingesetzt, dass diese Zwischennutzung dem Motto folgt: «Vom Quartier für das Quartier».

Die zuständigen Verwaltungsstellen haben mit Einbezug der Quartierarbeit der VBG zwei Workshops für Interessierte aus dem Quartier durchgeführt. Diese haben sich mittlerweile im Verein Warmbächli-Brache<sup>51</sup> organisiert. Nutzungsideen und eine Nutzungsordnung sind erarbeitet worden und mit Immobilien Stadt Bern –als Vertreterin der Stadt als Eigentümerin – ei-

---

<sup>49</sup> <http://www.bern.ch/themen/auslanderinnen-und-auslander/integration-und-migration/forum-der-migrantinnen-und-migranten/ueberblick-der-bisherigen-foren>

<sup>50</sup> <http://www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/bss/kompetenzzentrum-integration/fachbereich-information-und-vernetzung/fachkommission-fur-integration>

<sup>51</sup> [www.brache.ch](http://www.brache.ch)

nen Gebrauchsleihvertrag abgeschlossen. Seit Erhalt der Baubewilligung wandelt sich die Branche zu einem lebendigen und vielfältig genutzten Raum. Bereits stattgefunden haben oder geplant sind ein Eröffnungsfest, Urban Gardening, Cyclocross für alle, ein Bauspielplatz, legale Graffitiwände, public viewing, Kultur- und Kunstevents, ein Barbetrieb und vieles mehr.

### ➔ Herausforderung und Umgang damit

Der langwierige und aufwändige Bewilligungsprozess hat von den freiwillig Engagierten viel Energie und Ausdauer verlangt. Die interdisziplinäre Steuerung hat sich sehr bewährt. Die teilweise divergierenden Interessen zwischen Verwaltung, Zwischennutzenden, Kinder- und Jugendlichen, Quartierbewohnenden und Umweltschützenden konnten damit gut ausbalanciert werden.

## 6.11 Fazit

Mehr als die Hälfte der Stadtberner Bevölkerung meint, dass sie die Lebensqualität beeinflussen könne, wenn sie abstimme bzw. wähle. Rund ein Viertel der Bernerinnen und Berner ist von der formalen politischen Partizipation ausgeschlossen, weil sie keinen Schweizer Pass besitzen. Die Mitarbeit im Quartier wird von knapp der Hälfte der Bevölkerung als weiteres Gefäss zur Mitwirkung genannt. Diese und viele weitere Teilnahmemöglichkeiten und Gefässe sind grundsätzlich für alle offen zugänglich – hier sind deshalb besondere Anstrengungen zu unternehmen, welche die Teilhabe stärken. Nicht alle Bernerinnen und Berner verfügen über die nötigen persönlichen Ressourcen – wie Beziehungsnetze, Sprachkenntnisse, Mobilität, Zeit oder Geld. Sie nutzen Angebote und Dienstleistungen oder Mitwirkungsmöglichkeiten bei städtischen Projekten und Planungen kaum oder sie fühlen sich nicht angesprochen bzw. ausgeschlossen.

Die BSS setzt sich dafür ein, dass Mitwirkung und Partizipation wahrgenommen werden können. Neue innovative Projekte zur Förderung der Chancengerechtigkeit und Partizipation werden laufend umgesetzt und evaluiert, damit sie bedarfsgerecht und in Zukunft allenfalls flächendeckend weitergeführt und von der gesamten Bevölkerung genutzt werden können.

In der Stadt Bern gibt es eine Vielzahl von Teilhabemöglichkeiten. Es gilt jene zu stärken, die allen Bevölkerungsgruppen zugänglich sind, insbesondere auch Migrantinnen und Migranten, Kindern und Jugendlichen, bildungsfernen Familien oder Menschen mit Behinderungen. Ebenso wichtig ist die Stärkung der Sozialraum bezogenen Mitwirkung, beispielsweise bei Planungen des Wohnumfeldes, von Quartierstrassen, bei der Sanierung von Schulhäusern und Freibädern oder bei der Gestaltung von Spielplätzen. Dabei ist sicherzustellen, dass auch weniger gut vernetzte bzw. weniger integrierte Bevölkerungsgruppen auf geeignete Weise angesprochen werden.

4/5 der Bevölkerung sagt, sie fühle sich in der Nachbarschaft und Wohnumgebung ganz bzw. eher daheim. Man kann davon ausgehen, dass die Verbundenheit und Identifikation mit dem Wohnquartier die Bevölkerung auch motiviert, sich dafür zu engagieren und sich einzubringen, wenn sie aktiv und adressatengerecht einbezogen wird.

Von grosser Bedeutung ist die Kommunikation – ein Querschnittsthema über alle Gefässe und Projekte hinweg. Sie spielt eine zentrale Rolle dabei, ob die Menschen erreicht werden und Interesse und konkrete Möglichkeiten sehen, aktiv mitzuwirken oder teilzunehmen. Eine hinder-

nisfreie und diskriminierungsfreie Kommunikation ist anspruchsvoll und fordert die Verwaltungsstellen.

Der Gemeinderat hat im Mai 2016 den Leitfaden «Mitreden und Mitgestalten»<sup>52</sup> publiziert, eine Arbeitshilfe zu partizipativen Prozessen für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Auf der entsprechenden Webseite findet sich auch ein Überblick über bestehende Instrumente und Gefässe in der Stadt zur Förderung der Teilhabe.

Die BSS hat einen Leitfaden für diskriminierungsfreie Kommunikation<sup>53</sup> erarbeitet. Zudem verfügen in der BSS alle Fachstellen über Informationen und Dokumente, welche Möglichkeiten aufzeigen und Informationen liefern, wie die Kommunikation gestaltet und damit die Mitwirkung verschiedener Zielgruppen gefördert werden kann. Die in diesem Kapitel vorgestellten Beispiele illustrieren, wie die BSS Projekte und Angebote mit dem Ziel der Teilhabe konkret umsetzt.

Es ist eine Daueraufgabe der BSS, zu versuchen, auch jene Menschen und Gruppen einzubeziehen, die selber über wenige persönliche Ressourcen verfügen und wenig integriert sind. Schwache soziale Bindungen können zu schlechteren wirtschaftlichen Chancen, weniger Sozialkontakten und schliesslich zu einem Gefühl des Ausgeschlossen seins führen. Wer sozial isoliert ist, hat grössere Probleme, sich wieder aktiv in der Gesellschaft zu engagieren. Auch persönliche Ziele in Bezug auf Arbeit, Familie und Freundschaften sind dann schwerer zu erreichen. Die Förderung der Chancengerechtigkeit beeinflusst die Integration und somit die Lebensqualität von Jung und Alt positiv und nachhaltig.

Die Zusammenarbeit der verwaltungsinternen und externen Fachstellen und der Austausch mit den städtischen Organisationen und jenen in den Stadtteilen sind ein weiterer wesentlicher Faktor für das Erreichen der gewünschten Zielgruppen und dafür, dass diese die Angebote nutzen und an Veranstaltungen oder Projekten teilnehmen. Wie in der Bevölkerungsbefragung deutlich geworden ist, erwarten die Bernerinnen und Berner von jeder Person, dass sie sich engagiert. Der BSS ist es ein grosses Anliegen, Angebote und Dienstleistungen bereitzustellen und zu unterstützen, welche die Teilhabe und Mitwirkung aller Bernerinnen und Berner sicherstellen und damit das Engagement fördern.

---

<http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/mitreden-und-mitgestalten>

<sup>53</sup> [http://www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/bss/kompetenzzentrum-integration/fachbereich-information-und-vernetzung/angebote-fur-fach-und-schlusselfpersonen/download/Leitfaden\\_diskriminierungsfreie\\_kommunikation.pdf](http://www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/bss/kompetenzzentrum-integration/fachbereich-information-und-vernetzung/angebote-fur-fach-und-schlusselfpersonen/download/Leitfaden_diskriminierungsfreie_kommunikation.pdf)